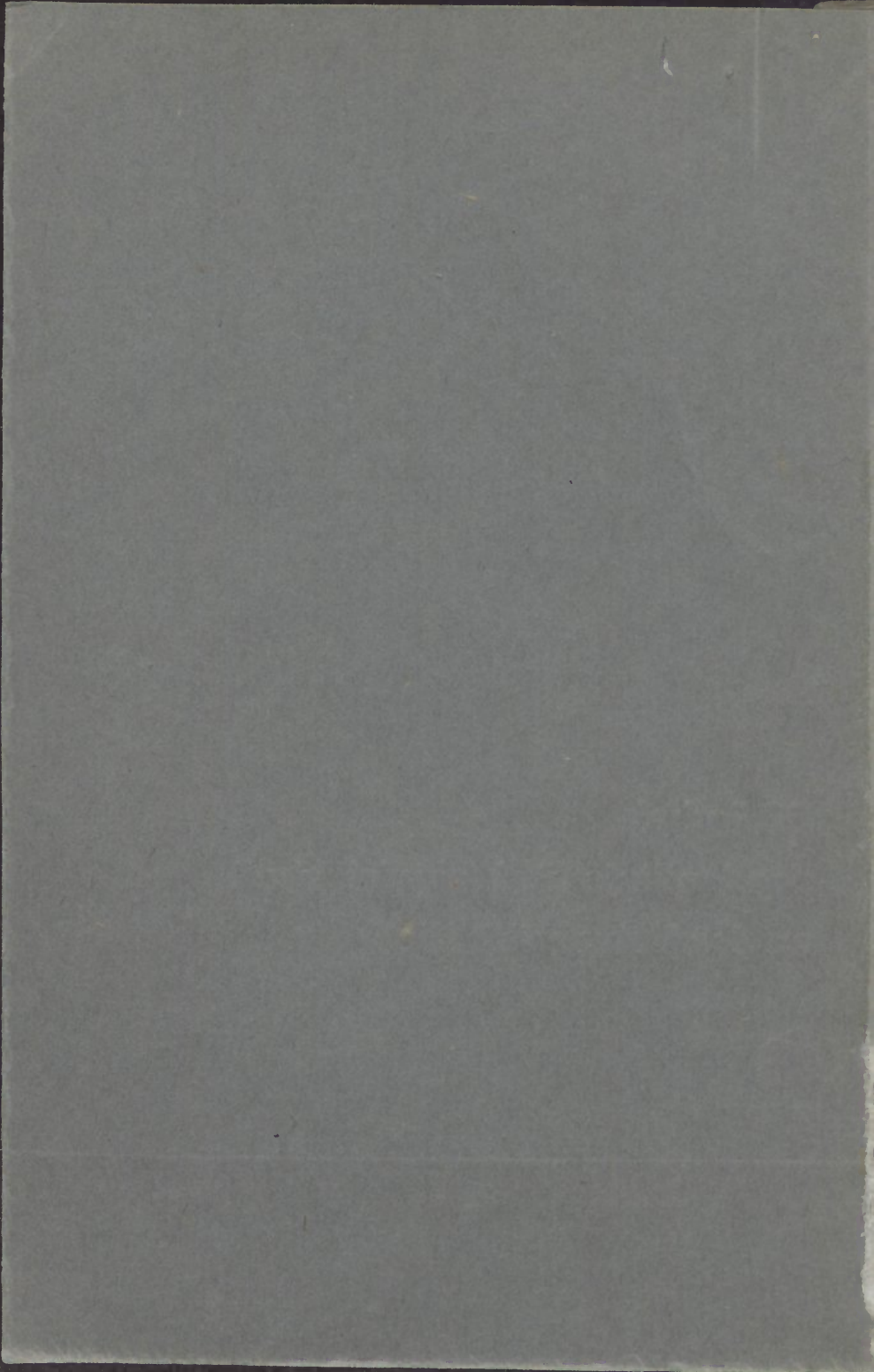


**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**A** 9636





EINIGE WORTE

ÜBER

H A N D E L

UND

freien Verkehr im Allgemeinen

und insbesondere

zwischen

DEN VERSCHIEDENEN BUNDESSTAATEN

mit

Hinblick auf den Art. 19 der deutschen Bundesacte  
und den neuen Preussisch-Baierischen (Württemberg,  
beide Hessen, Sachsen und die Thüringischen  
Staaten) begreifenden Zollverband.



(Aus dem »Archiv für die neueste Gesetzgebung aller deutschen  
Staaten, herausgegeben von ALEXANDER MÜLLER 4. Bd. 2. Heft  
besonders abgedruckt.

---

M A I N Z.

Bei Florian Kupferberg.

1855.





Wenn wir den ganzen Umfang der Geschäfte, die der Handelsstand, das Wort in seiner vollen Bedeutung genommen\*), unter sich begreift, uns vor Augen stellen, so dürfte derselbe am bequemsten in drei Classen zu vertheilen seyn, von denen die erste den *Kleinhandel* betreibt, der die unmittelbaren Bedürfnisse des Lebens und die Erfordernisse des Luxus im Einzelnen unter die Individuen zur Befriedigung der unmittelbaren [Nachfrage vertheilet, die zweite den *Warenhandel im Grossen*, d. h. den Austausch des Ueberflusses ganzer Staaten und Länder besorgt, die dritte aber das *Tauschmittel* selbst, nemlich das Geld mit allen seinen Surrogaten zum Gegenstande eines den Credit der Nationen gegen einander ausgleichenden Umsatzes macht.

Die grosse Wichtigkeit des Handelsstandes, als des Vermittlers und Ausgleichers aller Geschäfte, welche das gegenseitige Bedürfniss der Nationen wie der Individuen veranlasst, ist schon längst anerkannt, und es ist, beherdter als unsere Feder es zu thun vermag, schon längst gesagt und erwiesen, dass in der Wirksamkeit dieses Standes die Gesittung der Völker ihren Ursprung genommen hat, und dass wir der unermüdeten Thätigkeit desselben die Unterhaltung des bildenden Weltverkehrs, die Erweiterung der Länderkunde, und die damit verbundenen Kenntnisse von den Sprachen, den Gebräuchen und Gewohnheiten fremder Nationen vorzüglich verdanken.

---

\*) Der Stand der Erwerbsleute im weitesten Sinne, welche die zur Consumption und zum Gebrauche darliegenden Erzeugnisse des Bodens wie des Kunstfleisses über die Erde verbreiten, und unter die Individuen vertheilen.



Es war eine Schattenseite des Alterthums und Mittelalters, dass man dieses nicht einsah, und so wenig Aufmerksamkeit dem Studium der politischen Oekonomie zuwendete, welche beweiset, dass der Besitz von Reichthum sowohl für individuelle Existenz und Wohlsein als für den Fortschritt der Völker in der Civilisation nothwendig ist.

Griechenland's und Rom's Bürger hielten es für herabwürdigend, sich in die Beschäftigungen einzulassen, welche gegenwärtig das hauptsächlichste Geschäft des neueren Europa ausmachen. Anstatt sich durch eigene Kraftäusserung um Reichthum zu bewerben, verliesen sie sich auf die widernatürliche Arbeit von Sklaven und die erpressten Hülfgelder erobelter Länder. In einigen griechischen Staaten war den Bürgern das Treiben von Handwerken und Handel untersagt; und in Athen und Rom, wo kein solches Verbot vorhanden war, wurden diese Beschäftigungen allgemein als unwürdig für Freigeborne angesehen, und dem zu Folge entweder von Sklaven oder der Hefe des Volkes getrieben \*). Selbst Cicero, der sich die ganze Philosophie der alten Welt eigen gemacht, und sich über manche Vorurtheile seines Zeitalters und seines Vaterlands erhoben hatte, trägt keinen Anstand zu behaupten, in einer Werkstatt sei nichts Anständiges für einen Freigebornen, der Kleinhandel sei niedrig und verächtlich; und der Handel ins Grosse getrieben bloss erträglich. — Non admodum vituperanda \*\*)! Ackerbau

---

\*) Vergl. die Staatshaushaltung der Athener, von A. Böckh. Berlin. II Bdc. 1817.

\*\*) *Illiberales autem et sordidi questus mercenariorum, omniumque, quorum operae, non quorum artes emuntur. Est enim illis ipsa merces auctoramentum servitutis. Sordidi etiam putandi, qui mercantur a mereatoribus quod statim vendant, nihil enim proficiunt, nisi admodum mentiantur! Opificesque omnes in sordida arte versantur, nec enim quidquam ingenuum potest habere officina. Mercatura autem, si tenuis est, sordida putanda est; sin autem magna et copiosa, multa undique apportans, multisque sine vanitate imperiens, non est admodum vituperanda. (De officiis, Lib. I, cap. 42.)*



wurde in der That mit mehr Achtung behandelt. Einige der ausgezeichnetesten Charaktere in den früheren Zeiten der römischen Geschichte hatten sich mit ländlichen Beschäftigungen abgegeben; allein ungeachtet ihres Beispiels wurde die Behauung des Bodens in der blühenden Periode der Republik und unter den Kaisern beinahe gänzlich von Sklaven betrieben, die dem Grundeigenthümer gehörten, und für seine Rechnung verwendet wurden. Die Masse der römischen Bürger war entweder mit Kriegsdiensten beschäftigt \*) oder erhielt eine ungewisse und abhängige Subsistenz an Getreide, das die unterjochten Provinzen lieferten. In einem solchen Zustande der Gesellschaft kannte man die in dem neuen Europa bestehenden Verhältnisse zwischen Grundeigenthümer und Grundholden, Herren und Knechten nicht; und den Alten waren die wichtigen Fragen über das Steigen und Fallen der Renten und des Arbeitslohns, die einen so wichtigen Zweig der politischen Wissenschaft ausmachen, ganz fremd.

Der Geist der Philosophie der alten Welt war überdiess der Cultur der politischen Wissenschaft höchst ungünstig. Die luxuriöse oder verfeinerte Lebensart des Reichen wurde von den alten Moralisten als ein Uebel der ersten Grösse angesehen. Sie glaubten, dass sie die kriegerischen Tugenden zu Grunde richte, welche der Hauptgegenstand ihrer Bewunderung waren; und klagten daher die Leidenschaft, Reichthum zu erwerben, als begleitet von den nachtheiligsten und zerstörendsten Folgen an. Bei solchen Vorurtheilen war es unmöglich, dass die politische Oekonomie ein Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit, oder von solchen studirt werden konnte, welche die Gegenstände verachteten, mit denen sie sich beschäftigt, und die Arbeit herabsetzten, wodurch Reichthum erzeugt wird.

Die alten Vorurtheile gegen Handel, Manufacturen und Luxus behielten noch immer einen mächtigen Einfluss in dem Mittelalter. Der Verkehr zwischen Staaten war

---

\*) *Rei militaris virtus praestat cacteris omnibus; haec populo Romano, haec huic orbi terrarum gloriam peperit. (Cicero pro Murena.)*



äusserst beschränkt, und wurde vielmehr durch Beute beabsichtigende Einfälle und seeräuberische Expeditionen, als durch einen auf Befriedigung wirklicher und wechselseitiger Bedürfnisse gegründeten Handel unterhalten.

Erst im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert lernte man das grosse Werk der Vorsehung schätzen, die dadurch, dass sie verschiedene Arten von Boden, Klimate und Naturproducte der verschiedenen Ländern gab, augenscheinlich für ihren wechselseitigen Verkehr und ihre Civilisation gesorgt hat. Es wurde einleuchtend, wie eng der Handelsverkehr mit der Verfolgung des individuellen Vortheils und dieser mit dem allgemeinen Wohle verbunden sey.

Seitdem die politische Oekonomie sich wissenschaftlich ausgebildet hat \*), liegt es klar am Tage, wie sehr

---

\*) Hieher gehören hauptsächlich folgende Schriften:

*Locke*, Considerations on the Lowering of Interest, and Raising the Value of Money. 1691; und Further considerations on Raising of the Value of Money, 1693.

*Considerations on the East India Trade*, 1701.

*Vanderlind*, Money Answers all Things, 1734.

*Sir Matthäus Decker*, Essay on the Causes of the Decline of Foreign Trade, 1744.

*Hume*, political Essays, 1752. Politische Versuche: Essays and Treatises. II. Vol. 1) Of Commerce; 2) of Money; 3) of Interest; 4) of the Balance of trade; 5) of the Jealousy of Trade; 6) of Taxes; 7) of public Credit.

*Harris*, Essay on Money and Coins, 1757.

*Adam Smith*, An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. London 1776. II. Vol. gr. 4. Neueste Prachtausgabe: With a life of the author, an introductory discourse, notes, and supplement dissertations, by J. R. Mac-Culloch Esq. IV. Vol. gr. 8. Edinh. 1828. (vorzüglich).

*August Ferd. Lüder*, Ueber Nationalindustrie und Staatswirthschaft. Nach Adam Smith bearbeitet. Berlin 1800. Th. I.

*James Baronet Stuart*, An Inquiry into the principles of Political Economy. Being an essay on the science of domestic Policy in free nations. In wick are particulary considered population,



wohlthätig der Handel auf die ganze menschliche Gesellschaft einwirkt. Er ist hervorbringend, verbreitet die Wissenschaften und verbindet alle Völker.

agriculture, trade, industry, money, coin interest, circulation, banks, exchange, public credit, and taxes. London 1767. II. Vol. gr. 4.

*Smith*, Untersuchung der Natur und die Ursachen von Nationalreichthümern. Leipz. 1776 — 1778. II. Bde. gr. 8.

— Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichthums. Bresl. 1794 — 1796. IV. Bde. gr. 8.

*Georg Sartorius*, Handbuch der Staatswirthschaft, nach Adam Smith's Grundsätze ausgearbeitet. Berlin 1796. Zweite Aufl. u. d. T. Von den Elementen des Nationalreichthums, und von der Staatswirthschaft, nach Adam Smith. Göttingen, 1806. — Ebend. Abhandlungen, die Elemente des Nationalreichthums und die Staatswirthschaft betreff. Götting. 1806. 8.

*Christian Jacob Kraus*, Staatswirthschaft. Nach dessem Tode herausgegeben v. Hans v. Auerswald. Königsberg 1808 — 1811. V. Th. ord. 8.

*Tucker*, Four tracts on commercial and political subjects.

*Tooke*, On high and low prices.

*Senior*, Three lectures on the transmission of the precious metals from country to country, and the mercantile theory of wealth 1827. Threes lectures on Wages, by Nassau Wit. Senior. Lond. 1850.

*Malthus*, An Essay on the principle of population. 3 ed. London. — Observations on the effects corn laws. — An inquiry into the nature and progress of rent. 1813. — Principles of political economy. London, 1820.

*Torrens*, On the production of walth. 1814. — An essay on the external influence of the corn trade upon the production and distribution of national Wealth. u. s. w. 2. edit. London 1820.

Vergl. Hermes Nr. VIII. der ganzen Folge. 1820. S. 161 — 242.

*Thornton*, Inquiry into the nature and effects of paper credit. London 1802. D. U. v. L. II, Jacob. Halle 1803.

*Hamilton*, An inquiry concerning the national debt of Great Britain and Ireland. 3. edit. Zeigt besonders den grossen Miss-



Durch Erregung des Kunstfleisses, durch Belohnung des Scharfsinnes, und durch wirksamste Anwendung der

brauch, der mit dem Anleihsystem getrieben wurde. *The Progress of Society.*

*Thompson*, Inquiry into the distribution of wealth.

*Ricardo*, On the principles of political economy and taxation. 3. Ed. London 1821. Sämmtliche Ausgaben, Uebersetzungen und Recensionen sind zusammengestellt in *Steinlein's Handbuch der Volkswirtschaftslehre.*

*James Mill*, Elements of political economy. Third edition. London 1826.

*Germain Garnier*, Recherches sur la nature et les causes de la richesse des nations par Adam Smith. Traduction nouvelle, avec des notes et observations nouvelles. Second éd. Paris, 1822. VI. Tomes. gr. 8. —

Abrégé élémentaire des principes d'écon. polit. Paris 1796. —

Historie de la Monnoie, Paris, 1810. II. Tom.

*Conrad's Preisschrift.* Princip de l'écon. polit. Paris 1801.

*Jean Baptist Say*, Traité d'écon. politique. Paris 1805. 3. Ed. 1826 — Cours complet d'écon. polit. pratique, Paris 1828—1829. VI. Tom.

Eine Uebersetzung des ersteren Werkes ins Deutsche hat Herr Prof. Morstadt geliefert. In der dritten Ausgabe dieser Uebersetzung, Heidelb. 1851, findet man zugleich eine Bearbeitung des letzteren Werkes. Von diesem letzteren Werke gibt es noch überdies zwei deutsche Uebersetzungen. Die eine ist von J. v. Theobald, (Stuttgart 1829;) die andere von F. A. Rüder, (Leipz. 1829.)

*Sismonde de Sismondi.* De la richesse commerciale, ou principes d'écon. polit. appliqués à la législation du commerce. Geneve 1805. II. Tom. Nouveaux principes d'écon. politique, ou de la richesse dans ses rapports avec la population. Paris 1819. II. Tom.

*Charles Ganilh.* Des systemes d'écon. politique, de la valeur comparative de leurs doctrines, et de celle qui parait la plus favorable aux progrès de la richesse. 2. Edit. Paris, 1821. II. Tom.

*Graf Destutt de Tracy.* Traite d'écon. polit. Paris, 1825.

*Joseph Droz.* Economie politique ou principes de la science des richesses. Paris, 1829. Deutsche Uebers. v. Keller, Berlin 1850.



besonderen, von der Natur den verschiedenen Ländern verliehenen, Kräfte theilt der Handel die Arbeit in der

*Mac-Culloch.* The Principles of Political Economy: with a sketch of the rise and progress of the science. Esq. Edinburgh 1828. II. ed. 1850. (Uebersetzt von *Weber*. Stuttgart 1851.)

Introductory lectures on political Economic. By Rich. Whately. Lond. 1851.

An Inquiry into the natural Grounds of Right to vendible Property or Wealth. By Sam. Read. London 1850.

Encyclopédie methodique. Economie politique. T. 1. (Par. 1804. 4.)

Elémens d'economie privée et publique par L. F. G. de Cazaux. Par. 1823.

Précis élémentaire d'économie politique, précédé d'une introduction historique et suivi d'une biographie des économistes etc. par Adolphe Blanque. Par. 1826.

Theorie des richesses nationales. Par le Comte Fr. de Skarbeck. Par. 1829. 2. Vol.

De la richesse ou essays de Ploutonomie. Par Robert Gugar. Par. 1829. 2 T.

Economie politique. Par. 1851. (Enthält die Lehre der St. Simonisten über die Staatswirthschaft etc.)

Discours sur l'origine, le progrès, les objets particuliers, et l'importance de l'économie politique. Contenant l'esquisse d'un cours sur le principes et la theorie de cette science. par J. R. Mac-Culloch. Traduit de l'anglais par G. Pervost, docteur en Droit. Et suivi de quelques observations du traducteur sur le systeme de Ricardo Geneve et Paris 1823.

*Gioja.* Nouvo prospetto delle scienze economiche u. s. w. Milano, 1813 — 1817. 4 Bände.

*Dr. Karl Steinlein,* Handbuch der Volkswirtschaftslehre mit drei synoptischen Tafeln, Privatdozenten der Staatswissenschaften an der königl. bayer. Ludwig Maximilians-Universität. I. Bd., enthaltend die Einleitung mit der Literatur, die Grundlehren und einen Theil der Lehre von der Production. München bei Cotta, in der literarisch - artistischen Anstalt, 1851.

*Joseph von Sonnenfels,* Grundsätze der Polizei-, Handlungs- und Finanzwissenschaft. 3 Theile. Wien 1763. Achte Ausgabe 1822.



Art aus, wie es dem Genie und den Fähigkeiten eines jeden am angemessensten ist. Er gibt uns neue Arten von Geschmack, erregt neue Begierden, und gewährt überdiess die Mittel, sie zu befriedigen. Er setzt jedes Volk in den Stand, von den Erfindungen und Entdeckungen aller übrigen Gewinn zu ziehen; er zwingt die Routine der Nacheiferung Platz zu machen, und spornt den Kunstfleiss und die Erfindung der inländischen Producenten, indem er solche in Mitbewerbung mit Fremden bringt. Allein diess sind nicht bloss die einzigen Wirkungen des Handels. Sein Einfluss in moralischer Rücksicht ist nicht weniger mächtig und heilsam. Er ist das grosse Werkzeug, wodurch die Wohlthaten der Civilisation verbreitet, und die Schätze der Kenntniss und Wissenschaft zu den entferntesten Theilen der bewohnbaren Erde gebracht werden; indem er dadurch, dass er die Einwohner jedes Landes von dem Beistande anderer in Rücksicht eines grossen Theils ihrer Bequemlichkeiten und Genüsse abhängig macht, ein mächtiges Princip der Vereinigung bildet, und die ganze Gesellschaft der Nationen mit den gemeinschaftlichen und mächtigen Banden wechselseitigen Interesses und gegenseitiger Verbindlichkeit bindet.

*Lotz*, Handbuch der Staatswirthschaftslehre 3. Bde. Erlangen 1821 — 23. Diesem Werke ging vorher: Revision der Grundbegriffe der Nationalwirthschaftslehren. 4. Bde. Koburg 1811 — 14.

*Mill's* Elemente der Nationalökonomie, übersetzt von Jacob. Halle 1824.

*Storch*. Handbuch der Nationalwirthschaftslehre. 5 Bände. Hamburg 1819 — 1820.

*R. H. Rau*, Lehrbuch der politischen Oekonomie. Heidelberg. 2 Bde. 1826. 1828.

*G. F. Krauses*, Versuch eines Systemes der National- und Staatsökonomie. 2 Bde. Leipzig 1850.

*R. F. Schenck*, das Bedürfniss der Volkswirtschaft in den mehrsten deutschen Bundesstaaten. 2 Thle. Stuttgart 1851.

*F. B. IV. Hermann*, Staatswirthschaftliche Untersuchungen über Vermögen und Wirthschaft etc. München 1851.

*Zachariä's* Regierungslehre, oder vierzig Bücher vom Staate. Fünfter Band. Heidelberg 1852.



Wie ermunternd, um mich der Worte *Ganilh, Charles* \*) zu bedienen, ist das Schauspiel aller zur Production des Reichthums zusammen wirkenden Arbeiten ohne irgend einen anderen Vorzug oder Unterschied als den, welchen ihnen der Austausch ihrer Producte sichert, für die arbeitsamen Klassen, wie anreizend für die Völker, wie günstig für die Civilisation und wie ehrenvoll für die Menschheit! In diesem Systeme folgen alle Menschen ihrer Neigung, entwickeln, vervollkommen ihre Fähigkeiten, ermuntern sich durch eine edle Nacheiferung, sind in jedem Augenblicke von ihrem wechselseitigen Bedürfnisse benachrichtigt, verbinden sich unter sich durch stete zur Gewohnheit gewordene Beziehungen, gewinnen durch ihre wechselseitigen Interessen Anhänglichkeit an einander, und knüpfen die Bande der grossen Familie des menschlichen Geschlechtes wieder an, welche die Trennung der Nationalfamilien zerrissen hatte. Diese auf dem Erdrunde zerstreuten Familien sind einander nicht mehr fremd, arbeiten eine für die andere, und stehen miteinander Trotz der Abgründe, der Meere und der Rauheit der Klimate, der unzugänglichen Berge, und der ungastbaren Wüsteneien in Verkehr. Dank dem Genius des Handels und den unerschöpfbaren Hilfsquellen des Kunstfleisses! Allen Gefahren ist getrotzt, alle Schwierigkeiten sind überwunden, und die Wohlthaten der allgemeinen Arbeit circuliren in der ganzen Welt.

Selbst *Malthus* \*\*), der sich ganz auf die Seite des Ackerbaues hinneigt, bemerkt eben so richtig als beredt: Die meisten von den Wirkungen der Manufacturen und des Handels sind für den allgemeinen Zustand der menschlichen Gesellschaft im höchsten Grade wohlthätig. Sie giessen frisches Leben und Thätigkeit in alle Klassen des Staates, verschaffen den unteren Ständen Gelegenheit, sich durch persönliches Verdienst und Thätigkeit zu heben, und reitzen die höheren Stände des Staates, ihre

\*) Des Systemes d'Economie politique. Tome 1. p. 173. ed. 1821. Deutsche Uebersetzung, B. 1. S. 173 — 174.

\*\*) Observations on the Effects of the Corn Laws, p. 29 (Bemerkungen über die Wirkungen der Getraidegesetze.)



Auszeichnung in anderen Gründen, als in blossem Range und Reichthume zu suchen. Sie erwecken Erfindungen; ermuntern Wissenschaft und nützliche Künste; verbreiten Einsicht und Geist; flössen Geschmack für Bequemlichkeit und Annehmlichkeit der arbeitenden Klassen ein; und geben vor allem eine neue und glücklichere Gestaltung der Gesellschaft, indem sie die Anzahl der *Mittelklasse* vermehren — eines Standes, von dem Freiheit, Gemeingeist und gute Regierung hauptsächlich abhängt. \*

Ja, man kann, «wie sehr treffend *Rollin* bemerkt,» ohne Furcht der Uebertreibung sagen, dass der Handel der festeste Grund der bürgerlichen Gesellschaft, und das nothwendigste Band sey, die Menschen, von welchem Lande und Stande sie seyen, unter sich zu vereinigen. Durch seine Vermittlung scheint die Welt nur eine Stadt und nur eine Familie zu bilden. Er verbreitet überall einen allgemeinen Ueberfluss. Die Reichthümer einer Nation werden die aller anderen Völker. Kein Land ist unfruchtbar, oder wenigstens fühlt es seine Unfruchtbarkeit nicht. Alle Gegenstände seiner Bedürfnisse werden ihm zur bestimmten Zeit von einem Ende der Welt herheigeführt, und jede Gegend ist erstaunt über die fremden Früchte, die ihr der eigne Boden nicht liefern konnte, und mit tausend Bequemlichkeiten bereichert, die ihr unbekannt waren, und doch die Annehmlichkeiten des Lebens ausmachen. \*)

Diese hohe Wichtigkeit des *Handelsstandes* und der *präpanderante Einfluss*, die derselbe auf die Schicksale der Völker und die Combinationen der Politik behauptet, haben die Regierungen der verschiedenen Staaten veranlasst, den so lange fast ausschliesslich nach Aussen gerichteten Blick nunmehr auf das Innere ihrer Staaten zu wenden. Diejenigen Staaten, die ihre Bestimmung begriffen, haben den Handel ihrer Bewohner auf das kräftigste befördert durch möglichst freien Verkehr; denn *Handelsfreiheit* ist die Lebensluft des Handels, und jede Einschränkung durch

---

\*) *Rollin Histoire ancienne*, Paris, 1140, Tome X. pag. 475 — 476. Deutsche Uebersetzung. Dresden und Leipzig, 1746. X. Th. S. 378 — 376.



Monopolisirung, Auflegung von Zöllen u. s. w. erschwert und hemmt den Handel stets, ja jede Einschränkung der Behörde, selbst zu Gunsten desselben, wirkt, indem sie andern Personen als den Kaufleuten, Einsicht in das Innere des Handels gewährt, störend auf denselben ein.

Eine englische Deputation von Kaufleuten sprach daher gegen einen Minister, der sie fragte, was er zur Beförderung des Handels thun könne, vollkommen mit Recht: „Se. Herrlichkeit möchten nur die Gnade haben, ihrer weder im Bösen noch im Guten zu gedenken, und sie würden dann schon das Mögliche thun.“

Die Aufgabe der Handelspolitik wie der Handelspolizei, muss daher nur seyn, die Hemmungen, die dem Handel entgegenstehen, möglichst zu beseitigen.

Die Vortheile der Handelsfreiheit wurden schon in einem sehr auffallenden Gesichtspunkte von *Sir Dudley North* vor beinahe hundert und vierzig Jahren dargestellt; und *Sir Mathias Decker* und der berühmte *David Hume* erläuterten und bewiesen einleuchtend die nämlichen Grundsätze, und zeigten die verderblichen Folgen des Prohibitivesystems. Allein der vollständige Umsturz dieses Systems war *Dr. Smith* vorbehalten; der die verschiedenen, für die Beschränkungen aufgestellten Gründe auf die geschickteste und meisterhafteste Art und mit einer weit umfassenden Erläuterung, die nichts zu wünschen übrig lässt, untersuchte und widerlegte. Solche und so mächtige Vorurtheile hatten dessen ungeachtet zu Gunsten des alten Systems Statt, und solche Hindernisse wurden den Fortschritten nicht so beengter und liberaler Meinungen entgegen gesetzt, dass, ungeachtet *Smith's* Werk beinahe ein halbes Jahrhundert im allgemeinen Umlaufe war, bloss erst seit wenigen Jahren Staatsmänner und Kaufleute praktischen Beifall seinen Lehren gaben, und hiernach zu handeln versuchten. Allein, glücklicher Weise hat endlich eine neue Aera begonnen. Die Grundsätze der Handelsfreiheit werden nicht länger mehr als unfruchtbare und unvortheilhafte Speculationen — als Visionen von Theoretikern, die in ihrer Studirstube von öfentlicher nie zu verwirklichen der Glückseligkeit träumten, angesehen. Sie haben die Sanction des englischen Parlaments erhalten. Nebst dem



Ruhme, die ersten gewesen zu sein, welche die Wahrheit dieses gerechten und wohlthätigen Systemes verkündeten und darthaten, können die Engländer noch den höheren Preiss fordern, die ersten zu sein, die ihr einen praktischen Gehalt und einen wirklichen Erfolg verschafften. Es ist wahr, dass das Monopol noch tief auch der Handelspolitik in England eingepropft ist, und dass *die Britten* noch einige der wichtigsten Zweige des Handels unter den drückendsten Beschränkungen und Plackereien schwächen lassen. Allein es ist schon ein grosser Schritt für die Rückkehr zu einem besseren Systeme dadurch begonnen, dass sie öffentlich ihre Ueberzeugung darüber ausgesprochen haben, dass Freiheit des Handels eben sowohl öffentliches als Privatglück hervorbringe. «Und wenn, um uns der Worte eines ausgezeichneten Staatsmannes zu bedienen,» auf der langen und ehrenvollen Laufbahn, welche den Gegnern der Handelsbeschränkungen, des Monopols und des Vorzugs noch offen steht, der nämliche Geist das Land und die Gesetzgebung beleben, — die nämliche Entschlossenheit aufrecht erhalten wird, wenn volle, unbeschränkte Wirksamkeit einem durch Erfahrung bestätigten und durch öffentlichen Beifall sanctionirten Systeme endlich gegeben wird, so wird nicht bloss dieses Zeitalter, nicht bloss dieses Land allein Ursache haben, Englands Bestrebungen zu segnen. Es gibt keine so entfernte Periode, keine so barbarische Nation, bei der die Engländer nicht mit Zuversicht voraussetzen können, dass diese folgenreichen Untersuchungen der brittischen Philosophie, dieses glückliche bedeutungsvolle Beispiel brittischer Politik unter Begünstigung der Vorsehung eine reine und reiche Quelle stets zunehmender menschlicher Glückseligkeit sein werden.»)

So ist vor auszusehen, dass der grosse Grundsatz, aus welchem die ersten Verzweigungen des neuen von Grossbritannien nun praktisch ausgegangenen kosmopolitischen Mercantilsystemes entsprossen sind, und in dessen Folge durch wenigstens theilweise Aufhebung der Navigationsacte das Band, welches den Handel bewegt, in England

---

\*) Lord Grenville's Rede bei Aufhebung der Levantischen Handels Gesellschaft, den 11. Februar 1825.



sich zu lösen begonnen hat und nach und nach noch andere Fesseln in Britannien fallen werden, der Grundsatz:

*dass ein Volk sich selbst allein und ausschliesslich nicht vorthailen kann, und dass, wie eigensüchtig auch die Gesinnung sey, doch das Ziel des Egoismus, der etgne Vorthail, nicht zu erlangen steht, ohne den Vorthail der Anderen durch unbehinderte Theilnahme unter gleichen Bedingungen eines freien Verkehrs zugleich zu berücksichtigen:*

gar bald von allen gebildeten Staaten anerkannt und in Ausübung gebracht werden wird, weil jede Beschränkung noch in weit höherem Grade eine Selbstverletzung als eine Beeinträchtigung der Nachbarstaaten sein würde. Es wird auch dieser Grundsatz, wenn ihm in Zukunft überall Folge gegeben wird, nicht nur die Vorwände zum Kriege, welche aus den Reibungen entgegengesetzter Merkantilssysteme und monopolistischer Prätensionen abseiten einzelner Staaten hergenommen sind, gänzlich hinwegräumen, sondern er wird auch ein so tiefes Eingreifen der gegenseitigen öffentlichen und privaten Interessen von Staat zu Staat, und eine solche Unmöglichkeit der Entbehrung des gewohnten Verkehrs, selbst auf kürzere Zeit zuwegen bringen, dass jede Regierung nicht allein den Krieg nie leichter Weise beschliessen, sondern vielmehr selbst bei ernsteren Anlässen kein Mittel der Intervention und Ausgleichung unversucht lassen wird, ehe sie zu jenem Aeussersten schreitet, dass selbst im glücklichsten Falle einer partiellen Selbstvernichtung der eigenen Wohlfahrt gleichkommt.

Die *Handelssperre*, welche durch Verbote und hohe Zölle bewirkt wird, ist um so hemmender für den Handel, wenn im Inneren des Landes Zolllinien gezogen sind, und so auch der innere Consumtionshandel gehemmt wird. In dieser Lage befindet sich *Spanien*, dessen verschiedene Provinzen umgeben sind, und leider auch unser *deutsches Vaterland*, wo die österreichischen, preussischen, baierischen, württembergischen, sächsischen, badenschen und darmstädtischen Zolllinien dem Binnenhandel fortwährend die tiefsten Wunden schlagen und einen wahren Handelsdruck verursachen. Im Uebermaass eine lästige und zwangvolle Begleiterin des Handels, erschweren sie nicht nur



den Verkehr, sondern entsittlichen auch die Unterthanen durch den Reitz zu Unterschleif, nöthigen zu Aufstellung eines Heeres von Aufpassern, die stets in offener Feindschaft mit ihren Mitbürgern leben, und legen den Völkern eine Abgabenlast auf, von welcher die Staatscasse nur einen verhältnissmässigen nicht grossen Theil bezieht, weil die Erhebung und Bewachungskosten das übrige verschlingen. Bevor diese aufgehoben werden, ist an kein Gedeihen des deutschen Handels zu denken. Kommen noch zu diesen Beschränkungen Verbote, die das Verfahren überschüssiger Landesproducte nach dem Auslande hemmen, wie solche, besonders aus früheren Zeiten stammend, noch in vielen Staaten vorhanden sind, so liegt der Handel ganz darnieder \*).

Bei den vielfachen Verschlingungen der einzelnen deutschen Staaten und bei den höchst verschiedenen Ansichten, die über Handel und Verkehr in den verschiedenen Ministerien herrschen, ist es begreiflich, wie die

---

\*) Vergl. über den Handel überhaupt *Crügers Kaufmann*, 4. Th. Hamburg 1820, *Leuch's Lehre von der Aufbewahrung aller Körper*, Nürnberg 1820. Theorie und Praxis des einfachen, des italienischen und des nürnbergischen Buchhaltens, Nürnberg 1820. *Savary*, Dictionnaire universelle de commerce, 3. Bd. Paris 1741, vermehrt von Philippert, 3. Bd. Kopenhagen 1789—66. Fol. *Schulmann compendiöses Handbuch für Kaufleute*, 4. B. Leipzig 1793—97. *Nemnichs Waaren-Lexikon*, 3. Bd. Hamburg 1821. *Schedels Waaren-Lexikon*, 2. Bd. Offenbach 1814. *K. Murhard*, Theorie und Politik des Handels, 2. Thle. Gött. 1831. Ueber das Schädliche der Mauth- und Zollanstalten vergl. *v. Dohm* in dem allgem. Anzeiger der Deutschen, 1813. Nr. 46. *Krehl's Steuersystem*, Erl. 1816. §. 52. f. *Bruner*, was sind Mauth- und Zollanstalten der Nationalwohlfahrt? Nürnberg 1816. *Scharrer's Bemerkungen über den deutschen Zoll-Verein und über die Wirkungen hoher Zölle*, Nürnberg 1823. *Ch. D. Voss*, Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaften, Th. 3. S. 461. ff. *Lueder*, über National-Industrie und Staatswirthschaft, Bd. 3. S. 48 ff. *A. F. Stocker v. Neuforn*, Handbuch der Finanzwissenschaft, S. 448 ff.



Zolllinien als Retorsionsmaassregeln noch fortdauern. Doch wie wichtig möglichst freier Verkehr nicht bloss für Privatwohl, sondern auch für politische Entwicklung der Nation und Verstärkung des Nationalbandes ist, welches alle Bundesstaaten umschlingen soll, sahen die deutschen Bundesglieder gar wohl ein; denn sie haben sich in der Bundesacte vorbehalten, wegen des *Handels* und *Verkehrs* zwischen den verschiedenen Bundesstaaten \*), wobei auch möglichste Gleichförmigkeit in dem *Münzsystem*, in *Maass* und *Gewicht* und in *Wechselungstypen* zu rechnen seyn möchte, in Berathung zu treten, damit nicht jeder Bundesstaat sich als einen geschlossenen Handelsstaat betrachte.

Der Artikel 19 der deutschen Bundesacte lautet:

• Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, so wie wegen der Schifffahrt, nach Anleitung der auf dem Congresse zu Wien angenommenen Grundsätze, in Berathung zu treten. •

\*) Bundesacte, Art. 19. Wiener Schlussakte v. 1820, Art. 63. Verhandl. in den Wiener Ministerial-Conferenzen, in den Protocollen 2, 11, 23, 35 und 54, vom 28. Nov. 1819, 10. Jan. 11., 13. und 24. Mai 1820. — Die Wiener Congressverhandlungen, s. in Klüber's Akten u. s. w. Bd. 2. S. 569 u. 472. — Erster Präsidialvortrag, in dem Protocolle der Bundesversammlung vom 11. Nov. 1816, §. 7; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. 11. S. 83. — Im Protokoll der Bundesversammlung vom 5. August 1820, §. 98, ernannte diese für Bearbeitung dieser Gegenstände eine Commission, in Folge eines in den Wiener Ministerial-Conferenzen (54. Sitzung) abgefassten Separat-Protocolls vom 24. Mai 1820. Man sehe die loco dictaturae gedruckte Zusammenstellung, in der Original-Ausgabe der Protocolle der Bundesversammlung von 1820. S. 214, zu der vertraulichen Sitzung vom 27. Juli 1820. Auch sehe man den Beschluss der Bundesversammlung vom 12. Oktober 1820, in den Protocollen, §. 167, und die Protocolle von 1819, §. 103. 132. 168. 211. 219. 225. — Verhandlungen der Bundesversammlung über den freien Verkehr mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen, in den Protocollen von 1817 und 1818.



Sein Inhalt deutet, wie der manches anderen in diesem wichtigen Grundgesetze, Wunsch und Absicht der Contrahenten an, die Interessen des gesammten Deutschlands unter einen gemeinsamen Gesichtspunkt zu fassen und von diesem aus ein Zusammenwirken deutscher Staaten zu erzielen \*).

Die Bemühungen und Erfahrungen von sieben Jahren haben jedoch seitdem erwiesen, dass man sich auf dem Wiener Kongresse vielfach, wenn auch absichtslos, getäuscht habe. Es hat sich nämlich die Unmöglichkeit der Ausführung einzelner Artikel der Bundesacte, und gerade solcher, welche eigentliche Lebensfragen Deutschlands betreffen, immer deutlicher herausgestellt. Damit ist anderer Seits freilich die Ueberzeugung gegeben, dass der deutsche Bund, und somit die *gegenwärtige* Einheit Deutschlands, mehr ein künstliches Produkt sey, als hervorgegangen aus den eigenthümlichen Bedürfnissen der einzelnen deutschen Staaten. Da aber die beiden Mächte, welche den deutschen Bund eigentlich gemacht haben, und ihn gegenwärtig noch halten — Oesterreich und Preussen — in ihrem Wesen ebenfalls *durchaus verschieden* sind, war es übertriebene Hoffnung einer, wie unverständige Anforderung anderer Seits, wenn man von der Existenz des Bundes, als solchen, mehr für die Förderung der wahren Lebensinteressen Deutschlands erwartete, als geschehen ist.

Ausser Oesterreich und Preussen, waren die anderen deutschen Staaten, in ihrer gegenwärtigen Gestalt zum Theil neueren Ursprunges, zu wenig in sich selbst consolidirt, auch durch ihre geographische Lage und die persönlichen Verhältnisse der Fürsten zu sehr beschränkt und gebunden, als dass sie mit einiger Selbstständigkeit oder besonderem Nachdrucke hätten handeln mögen.

Diese Einsicht in die Verhältnisse des Bundes musste sich wenigstens den Regierungen bereits nach den ersten Jahren seines Bestehens aufdringen.

---

\*) Vergl. J. J. Eichhoff's Betrachtungen über den 19. Art. der deutschen Bundesacte, nebst Andeutungen, wie in Gefolge dessel-



Da der Weg bundestäglicher Verhandlungen nicht allen Bedürfnissen entsprach, oder für wünschenswerthe Verhältnisse sich nicht geeignet zeigte, machte sich der Versuch ganz von selbst, vorkommende Schwierigkeiten durch besondere Verträge auszugleichen, und manches Bedürfniss für sich allein zu erzielen.

Namentlich ist dies in Bezug auf den wesentlichen Inhalt des 19. Artikels der deutschen Bundesacte, nachdem [man vom Jahre 1817 — 1820 in der Bundesversammlung vergebliche Einigung erstrebt, von verschiedenen Staaten mit mehr oder weniger Glück versucht werden \*).

ben dem Handelsverkehr zwischen den Bundesstaaten Erleichterung zu verschaffen. Wiesbaden 1820.

Vieles, was hieher gehört, findet sich in der Schrift: Was darf das deutsche Volk von seinen Landständen erwarten. Von *Wilhelm Schulz*. Frankfurt a. M. 1855. Der Verfasser gibt Winke, wie die jetzigen Ständeversammlungen zur Verwirklichung des 19. Artikels der deutschen Bundesacte hinzuwirken vermögen.

\*) Verschiedene deutsche Staaten haben in neuerer Zeit theils unter sich, theils mit andern als deutschen Staaten, z. B. mit der Schweiz, Russland, Brasilien, Nordamerika u. a. Handelsverträge geschlossen, z. B. Baiern, Würtemberg, Baden, Grossherzogthum Hessen; zwischen den beiden letztern vom 8. September 1824, in dem badischen Regierungsblatt von 1824, 18. September. — Von dem darmstädter Handels-Congress von 1820 — 1825; von der Geschichte und den Verhandlungen dieses Congresses, findet man Nachricht in *Murhard's allgem. polit. Annalen* 1824, Bd. XI, Heft 4. S. 349—388, und 1828, Bd. XIV, Heft 2. S. 95—121. *Conversations-Lexicon*, neue Folge. voc. Darmstädter Handels-Congress. — Neuere Handelsverträge, zum Theil Zoll- und Handelsvereine enthaltend, zwischen deutschen Bundesstaaten: 1) Grundvertrag zwischen Baiern und Würtemberg, betr. die gegenseitigen Zollverhältnisse vom 18. Januar 1828, in *Martens recueil*, Supplem. T. XI. p. 329, nebst dem vorläufigen Zoll- und Handelsvertrag vom 12. April 1827, ebendas S. 167; 2) Zollverein-Ordnung zwischen Baiern, Würtemberg, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, vom 26. September 1828, in dem



Im *Unpartheiischen*, einem encyclopädischen Zeitblatt

württembergischen Regierungsblatt 1828, Nr. 61, und in *Martens* l. c. T. XI. p. 705; 5) Handelsvertrag, geschlossen von Preussen und Grossherzogthum Hessen mit Baiern und Württemberg, am 27. Mai 1829, in der preussischen Gesetzsammlung 1829, Nr. 10, und in dem bairischen Regierungsblatt von 1829, Nr. 51; 4 u. 5) Verträge, wegen gegenseitiger Erleichterung des Verkehrs ihrer Unterthanen, geschlossen von Preussen mit Sachsen-Meiningen am 5., und Sachsen-Coburg am 4. Juli 1829, in der preussischen Gesetzsammlung von 1829, St. 13; 6) Declaration für einen wechselseitigen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet zu Cassel am 21. Mai 1828 von Bevollmächtigten sechzehn deutscher Bundesstaaten, nämlich: Königreich Sachsen, Hannover, Sachsen-Weimar, den herzogl. sächsischen Häusern, Braunschweig, Oldenburg, Nassau, den Fürsten von Reuss älterer und jüngerer Linie, und von Schwarzburg-Rudolstadt, den freien Städten Bremen und Frankfurt, in der frankfurter Ober-Postamts-Zeitung vom 22. u. ff. December 1828; 7) In Folge dieser Declaration, am 24. September 1828 zu Cassel von den genannten Staaten und Hessen-Homburg geschlossener Verein für möglichst freien Verkehr und ausgebreiteten Handel; bei *Martens* l. c. T. XI. p. 691; 8) Nachtragvertrag zu diesem Handelsvertrag, betreffend die Besteuerung der Handelsreisenden, geschlossen von zehn der vorhin genannten Staaten im Februar 1829, in der frankfurter Ober-Postamts-Zeitung vom 1. März 1829; 9) Beitrittvertrag des F. v. Schwarzburg-Sondershausen, vom 25. und 31. December 1828, wodurch derselbe vorstehendem Handelsvertrag beitrith, für seinen Oberherrschaftlichen Landestheil (Herrschaft Arnstadt und Amt Gehren); 10) Separat-Vertrag, in Beziehung auf vorgenannten Handelsverein, geschlossen zu Cassel am 29. September 1828, von Königreich Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Reuss älterer und jüngerer Linie, Schwarzburg-Rudolstadt, bei *Martens* l. c. T. XI, p. 731; 11) Handels- und Schiffsahrtsvertrag Preussens mit den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg, vom 4. October 1828, bei *Martens* l. c. T. XI. p. 742; 12) Vertrag zwischen Hannover, Kurhessen, Oldenburg und Braunschweig, betreffend den freien



für Deutschland. \*) (Nro. 1, 1855) hat sich eine Stimme über den projectirten *süddeutschen Zoll- und Handelsverein* vernehmen lassen, die auch in diesem der Gesetzgebung der deutschen Nation gewidmeten Archiv wegen ihrer aus dem wirklichen Leben gegriffenen Ansichten verewigt zu werden verdient.

• Wo immer der Vortheil einer politischen Einheit fehlt, liegt es in den Bedürfnissen der einzelnen Glieder, welche ein organisches Ganze bilden wür-

Handelsverkehr ihrer Unterthanen und einen gemeinschaftlichen Eingang-, Ausgang- und Verbrauch-Abgaben-Tarif, geschlossen zu Eimbeck am 27. März 1850, in der frankfurter Ober-Postamts-Zeitung vom 18. u. ff. Mai 1850, vergl. auch davon *Brans Minerva*, Mai 1850, S. 247–261. — Zoll- und Handelsverträge Preussens für Annahme seines Zoll- und Verbrauchsteuer-Systems, in angränzenden oder von seinem Gebiet umschlossenen Ländern oder Landestheilen schloss mit Preussen: 1) Grossherzogthum Hessen, 14. Februar 1828; 2) Reuss-Schleiz und Reuss-Lohenstein und Ebersdorf, 9. Dezember 1829; 3) Hessen-Homburg, für das Oberamt Meissenheim, 31. Dezember 1829. 4) Oldenburg für das Fürstenthum Birkenfeld, 24. Juli 1850. Diese Verträge findet man in der preussischen Gesetzsammlung, und bei *Martens l. c. T. XI. et suiv.* — Die freien Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen schlossen Handelsverträge mit Brasilien am 17. November 1827, mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 20. Dezember 1827; bei *Martens l. c. T. XI. p. 340 und 362.* Frankfurt a. M. verband sich mit England.

Vorläufige Gedanken zur Würdigung der einzelnen Handelsverträge deutscher Staaten nach ihren Tendenzen enthält die Schrift: *Kurze Betrachtungen über Deutschlands Einigung in seinen Merkantilinteressen.* Mainz 1850.

\*) Diese neue Zeitschrift ihrer Bestimmung gemäss Alles, was Staat und Kirche, insbesondere *Handel, Literatur und Kunst* betrifft, einer besonnenen und vorurtheilsfreien Würdigung zur Erzielung einer immer innigeren Einigung der verschiedenen deutschen Stämme zu unterwerfen, verdient unter der grossen Anzahl von Zeitblättern als ein offenes Organ für jeden Wahrheitsfreund vorzüglich empfohlen zu werden.



den, diesen Zustand der Einheit nach Möglichkeit zu erstreben. \*

In diesem Sinne haben mehrere grosse Staaten gehandelt, welche früher zum Theil aus besonders berechtigten und für sich abgeschlossenen Provinzen bestanden, als sie jede Beschränkung, welcher Handel und Wandel innerhalb des Ganzen selbst unterlagen, ein für allemal aufhoben.

Was England betrifft, wiederholen wir das Gesagte, und verweisen besonders auf die Bittschrift der Kaufleute der Stadt London an die Herren des Unterhauses. In Frankreich ist durch die Revolution der Grund und Boden von seinen civilrechtlichen Lasten, der innere Verkehr von seinen Fesseln befreit worden. Beide Staaten unterhandeln in diesem Augenblicke wegen völliger Handelsfreiheit. Die bekannte Bittschrift an die Kammer von 1828, übergeben von den Kaufleuten der Gironde, hat viel dazu beigetragen. Die Republik der vereinigten Niederlande verdankte hauptsächlich dem Grundsatz der Handelsfreiheit, den sie (ausgenommen im Verhältnisse zu ihren Colonien,) von jeher befolgte, ihren Wohlstand.\* Die Königl. Niederländische Regierung sah sich, von den südlichen Provinzen bestürmt, genöthiget, diesen Grundsatz zu verlassen. Aber die neuesten Verhandlungen wegen der Rheinschiffahrt beweisen, wie sehr sie geneigt ist, zu diesem Grundsatz zurückzukehren. In Russland und in den vereinigten Staaten von Nordamerika sucht man den auswärtigen Handel einer mehr oder weniger strengen Vormundschaft, zur Begünstigung der inländischen Fabrikation, zu unterwerfen.

In Deutschland, sagt jene Stimme des Unpartheiischen, hat bisher nur ein Staat von grösserer Ausdehnung innerhalb seines Gebietes selbst alle Schranken für den Verkehr fallen lassen. Das Zoll- und Handels-System, welches Preussen seit 1818 angenommen, basirt ganz auf dem Grunde seiner grossen Reformen: es beschränkt auf mässige Weise Ein- und

---

\*) Höchst interessant und anziehend ist die Antwort, welche der gesammte Handelsstand Hollands auf die Anfragen ertheilte, die der Statthalter *Wilhelm IV.* an ihn dieses Gegenstands halber gerichtet hatte. Siehe das *«Vaterland»* 1855. Nr. 25.



Ausfuhr, und fördert vielfältig die gewerbliche Lebensthätigkeit des Staates.

Oesterreich, an Ausdehnung und Umfang Preussen überlegen, hat ein Gleiches aus inneren Gründen nicht vermocht: es besteht aus vier verschiedenen Nationen und hat seiner Selbsterhaltung wegen dafür zu sorgen, dass diese besonderen Nationalitäten möglichst geschieden gehalten werden. Ein freier Verkehr, selbst nur innerhalb des österreichischen Kaiserreiches, würde eher dazu beitragen, dieses Reich aufzulösen, als es zu einem lebendigen Ganzen mit der Zeit zu verschmelzen. Denn Handelsverkehr und geistige Mittheilung gehen, ungeachtet der besonderen Unterschiede, dieselbe Strasse.

Eine nähere Verbindung mit dem deutschen *Auslande* ist daher so wenig für Oesterreich zu rathen, als von seiner klugen Regierung zu erwarten\*).

Die übrigen deutschen Staaten sind alle zu klein, als dass die einzelnen Aehnliches ohne Gefahr allein versuchen dürften. Selbst Baiern leidet bedeutend an diesem Mangel hinlänglicher Grösse, so zweckmässig auch für einen grösseren Staat seine Handels- und Zoll-Einrichtungen seyn möchten.

In einer schlimmeren Lage noch befinden sich Württemberg, Baden, Sachsen und vor allen die von preussischem Gebiete umschlossenen kleineren Staaten. Der Handel und Verkehr derselben ist durch die vielen Mauthlinien so bedeutenden Beschränkungen unterworfen, dass für das materielle Wohl ihrer Unterthanen unter den gegenwärtigen Umständen wohl Alles zu wünschen, aber ohne bessere Einsicht und energische Massregeln wenig zu hoffen ist. Die Regierungen dieser einzelnen Länder haben auch das Drückende eines solchen Uebelstandes zu sehr gefühlt,

---

\*) In diesem Sinne sind auch alle Erklärungen gehalten, welche Oesterreich in den Jahren 1817 — 20 bei der Bundesversammlung und selbst auf den Wiener Ministerial-Conferenzen, in Bezug auf einen allgemeinen freien Handelsverkehr in Deutschland abgegeben hat. Man erkennt in denselben zugleich die Verlegenheit, sich den Wünschen der Gesamtheit auf eine Weise zu entziehen, welche so wenig Argwohn, wie Vorwurf der Theilnamlosigkeit zulasse.



als dass sie nicht wenigstens in einer näheren Vereinigung unter einander die mögliche Rettung versucht hätten. In wie weit ihnen Dieses gelungen, hat die Erfahrung bisher nicht zu ihrem Vortheile beantwortet.

Einige, wie Hessen-Darmstadt u. s. w. <sup>\*)</sup>, haben es gerathen gefunden, sich geradezu an das preussische Zoll- und Steuersystem anzuschliessen, um mit unbedeutenden Aufopferungen grösseren Gewinnes theilhaftig zu werden, und es scheint nicht, als wenn dieser Anschluss sie irgend wie gereue.

Andere, an deren Spitze Hannover und im Hintergrunde England stehen, haben versucht, einen grösseren Verein für sich zu bilden. Dieser hat unter dem Namen des „mitteldeutschen Handelsvereins“ durch den Austritt Kurhessens ein baldiges Ende genommen, und zu Beschwerden bei der Bundesversammlung Veranlassung gegeben, deren Ausgleichung eine Lebensfrage des Bundes mit berühren dürfte <sup>^^)</sup>.

Einen dritten Verein endlich sucht man unter Baiern, Württemberg und Baden zu Stande zu bringen. Es hatte für den Augenblick mehr Schein, als bei dem vorigen, dass er Fortgang gewinnen könne; versuchen wir aber, ihm ein Prognostikon zu stellen, welches jedem Unbefangenen aus der Darlegung der Umstände von selbst in die Augen springen wird.

Oben ist angedeutet worden, dass das Nichtzustandkommen eines allgemeinen, ganz Deutschland umfassenden Handels- und Zollvereins vorzugsweise in der Verschiedenheit der beiden deutschen Hauptmächte, Oesterreich und Preussen, zu suchen sey. Die Verschiedenheit selbst aber ist einfach diese, dass Oesterreich sich nicht verjüngen und ein *Staat* — am allerwenigsten aber ein *deutscher Staat* — werden kann, Preussen dagegen trachten muss, den Standpunkt eines solchen zu behaupten, wenn es nicht seine Selbstständigkeit einbüssen will.

Daraus ergibt sich von selbst eine Eifersucht zwischen Beiden, welche nur auf Augenblicke bedeutenden gleichmässigen Interessen weichen mag. Indem sie eng verbunden erscheinen, suchen sie mehr den Schein zu retten,

<sup>\*)</sup> s. die Note \* Seite 19—21. — <sup>^^)</sup> s. dieselbe Note.



als dass eine wirkliche Freundschaft denkbar wäre. Dessen ungeachtet dürfte Preussen der aufrichtigere Theil sein, ja in manchen Dingen zu seinem eigenen Nachtheile nachgiebig, während die Konsequenz der österreichischen Klugheit umgarnt, was ihr nahe kömmt, und dasselbe stets zu ihrem Vorthelle zu verwenden weiss.

So sah sich denn Preussen gezwungen, in dieser wichtigen Angelegenheit seinen eigenen Weg zu gehen, und ganz Deutschland einen Fingerzeig zu geben, was unter den obwaltenden Umständen zu thun sey. Des Erfolges seiner Unternehmung im Voraus gewiss, hat es Niemand für sein Interesse geworben oder gar gewaltthätig herangezogen. Wohl aber konnte es wissen, dass sich mit der Zeit Verbündete von selbst finden würden, welche eben so sehr die Ueberzeugung von dem zu erwartenden Gewinne, als die Noth des sich immer mehr kund gebenden Bedürfnisses ihm zuwenden würde.

Dessen ungeachtet haben die meisten Völker und Fürsten Deutschlands eine eigene Scheu empfunden, sich näher mit diesem Staate in Handelsverbindungen einzulassen. Die Einen fürchteten nichts Geringeres, als ihrer Freiheit beraubt zu werden, die Anderen in den Zustand zu grosser Abhängigkeit herabzusinken.

Eine kurze Darlegung der materiellen Vorthelle, welche ein näherer Anschluss an das preussische Handels- und Zollsystem den übrigen deutschen Staaten gewähren dürfte, scheint uns daher hier am Platze zu seyn.

Preussen besitzt von allen deutschen Staaten die bedeutendste Küstenstrecke und mehrere gute Häfen; fast mit allen Welttheilen steht es in Handelsverbindung, oder sucht solche zu eröffnen und zu erweitern. Mittel- und Süd-Amerika namentlich bieten für die Zukunft einen erspriesslichen Markt. An Manufakturen und Fabriken fehlt es nicht, sie sind aber nicht so zahlreich und so bedeutend, dass für den Gewerbfleiss der anderen deutschen Staaten daraus einige Besorgniss geschöpft werden könnte. Dann hat es einen Ueberfluss an Produkten, welche in derselben Vorzüglichkeit anderwärts in Deutschland nicht gewonnen werden. Es gebietet über drei grosse Ströme, fast ihrem ganzen Laufe nach; kleinere Flüsse, Kanäle und auch



Kunststrassen erleichtern den Verkehr nach allen Richtungen. Seine Stellung als europäische Macht eröffnet ihm leicht Verbindungen mit auswärtigen Staaten; mehrere in den letzten Jahren geschlossene Handelsverträge liefern dafür den sprechendsten Beweis.

Dies Alles sind Thatsachen, welche sich nicht wegräsoniren lassen, und es eben so klar vor Augen legen, wie Preussen als Handelsstaat für sich bestehen könne, noch mehr aber dazu geschaffen und geeignet sey, die Grundlage für einen grossartigen deutschen Handelsverein abzugeben.

Welche Vortheile eröffnen sich nun für die süddeutschen Staaten, falls eine Verbindung unter ihnen zur Förderung und Erleichterung des Handels zu Stande käme?

Baiern ist auf zwei Seiten ganz von Oesterreich umschlossen, nach Osten und Süden; der Handelszug könnte sich also nur nach Norden und Westen wenden. Einer Seits träfe er so auf das föderirte Württemberg und an der äussersten Gränze, jenseits Badens und Rheinbaierns, auf Frankreich; nordwärts lägen die mitteldeutschen Staaten, von denen es in der neuesten Zeit allen Anschein hat, dass sie sich an Preussen anschliessen werden.

In derselben Weise theilen Württemberg und Baden das Ungünstige der geographischen Lage; im Süden rühren sie freilich noch an die Schweiz.

Das Areal des Vereines an sich wäre ein sehr beschränktes, ungefähr sieben Millionen Einwohner umfassend, mit keinem Strome von Bedeutung, als dem Rhein. Denn die Schifffahrt auf der Donau ist noch nicht regulirt, und unterliegt abwärts von Baiern österreichischer Beschränkung.

Es würde also vor allen Dingen nothwendig seyn, sich mit den Nachbarn zu verständigen, um der Ausfuhr sowohl eine grössere Ausdehnung zu verschaffen, als auch die Einfuhr manches nothwendigen Artikels zu erleichtern.

Von Oesterreich ist, wie bereits angedeutet worden, in dieser Beziehung nichts zu erwarten, so sehr es auch vielleicht unter der Hand den Schein der Bereitwilligkeit annehmen möchte, um nur vom Anschlusse an das preussische u. s. w. Zoll- und Handelssystem abzuhalten. Aber



auch zugegeben, dass es sich zu einer Eröffnung seiner Lande verstände, so könnten Dies immer nur die deutschen seyn, also Böhmen, das eigentliche Oesterreich, Krain, Kärnthen, Istrien und Tyrol. Dadurch schiene allerdings für Baiern einiger Vorthail gewonnen, indem es sein Getreide in die benachbarten Gebirgsländer ausführen, ja über das adriatische Meer auch einigen Verkehr mit Griechenland eröffnen könnte. Württemberg und Baden, welche eher an Fabrikartikeln reich sind, würden weniger gewinnen, da der Gewerbfleiss in den deutsch-österreichischen Provinzen keinesweges so weit zurück ist, dass sich besonderer Vorthail von einer Eröffnung derselben erwarten liesse. Die Einfuhr von und über Oesterreich hingegen möchte leicht zu Gunsten dieses Staates ausfallen, da ein grosser Theil der Kolonial-Waaren über das adriatische Meer herbeigeführt werden würde. Dadurch käme der Verein von selbst in eine gewisse Abhängigkeit, da Oesterreich, als der bedeutendere Staat, der eher Vorthile zu gewähren, als zu empfangen hätte, die Bedingungen leicht höher stellen dürfte, als es möglich wäre, sie auf die Dauer zu erfüllen.

Die Schweiz kann für den Augenblick nicht daran denken, mit dem Auslande irgendwie Verbindungen zu schliessen. Sie hat mit der Gestaltung ihrer innern Verhältnisse noch für eine Zeit lang vollauf zu thun. Sie würde indess, in dem Falle einer Vereinigung mit dem süddeutschen Zoll- und Handels-Verbande, nur gewinnen, da sie einen überwiegenden Reichthum von Fabriken hat, und so die Preise gewisser Artikel in den Nachbarstaaten leicht drücken könnte. Baiern gewänne allenfalls die Aussicht, einiges Getreide abzusetzen, wenn es dessen in so grosser Menge producirt.

Dann Frankreich. Als ein Ganzes von mehr als dreissig Millionen, reich an Fabriken, mit Verbindungs-Linien zum Handel, einer Rüste nach zwei Meeren hin versehen, was könnte es Vorthailhaftes durch eine nähere Verbindung mit dem bayerisch-württembergisch-badischen Zoll- und Handelsvereine zu erwarten hoffen? Den einzigen Absatz verspräche noch württembergisches Schlachtvieh; man weiss aber, was die französische Regierung in Bezug auf



die Einfuhr desselben auch ferner für Massregeln zu beobachten gedenkt.

Es bliebe zuletzt noch der preussisch-hessische u. s. w. Zoll- und Handels-Verein als Nachbar.

Einem für sich bestehenden, selbstständigen Handels Verbands gegenüber könnte dieser, bei seinem stets zunehmenden Umfange — er zählt auf seiner Gebietsstrecke gegen fünfzehn Millionen Einwohner — schwerlich dieselben Zugeständnisse machen, welche sich von selbst verständen, wenn es sich darum handelte, einen oder den andern Staat völlig in seinen Verein aufzunehmen.

Und doch böte gerade der preussisch-hessische Verein dasjenige Areal und die Verhältnisse, welche für die süddeutschen Staaten am wünschenswerthesten zur näheren Verbindung scheinen dürften. Beide Hessen haben keinen Reichthum an Fabriken und bedürfen zum Theil, wie Thüringen durchweg, des Getreides. Selbst die Kolonial-Waaren werden billiger über die Nord- und Ostsee, als über das adriatische Meer bezogen.

Ferner haben die Fabrikartikel des Schwarzwaldes und der rauhen Alp stets einen bedeutenden Absatz im nördlichen Deutschland gefunden, welcher sich nach der Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs eher vermehren möchte.

Oder wäre es rathsam, sich für einige Artikel den Engländern in die Arme zu werfen, um, bei scheinbarem Vortheil in kleinen Dingen, allen Nachtheil im Grossen zu haben? Eine freie deutsche Stadt, von noch nicht halb so viel tausend Einwohnern, als das brittische Reich Millionen zählt, hat dieses Wagestück freilich versucht, indess sieht die Mehrzahl das Gefährliche desselben für die Zukunft bereits ein, und nur wenige Grosshändler, welche Gewinn davon ziehen, suchen die Stimmung für die Vereinigung mit England aufrecht zu erhalten.

Mehr oder weniger auf den Verkehr unter sich selbst beschränkt, würden also die Vereinsstaaten Baiern, Würtemberg und Baden bald die traurige Erfahrung zu machen haben, dass sie in dieser Absonderung nicht ohne grossen Nachtheil für ihr eigenes Interesse bestehen könnten. Sie würden sich, einer oder der andere, vielleicht gar ge-



zwungen sehen, von dem Vereine abzutreten, weil das ganze Wohl und Wehe ihrer Existenz bei einem längeren Verharren in demselben auf dem Spiele stehen möchte. Kurhessen sollte in dieser Beziehung ein warnendes Beispiel seyn mit alle Dem, was sich Unangenehmes und Trauriges für dasselbe an den Eintritt in den sogenannten mittel-deutschen Handels-Verein geknüpft hat.

Einer letzten Schwierigkeit, welche nicht am leichtesten zu überwinden wäre, mag zum Schlusse nur obenhin gedacht werden. Es wäre die Einigung über die Grundsätze, welche in Bezug auf Aus- und Einfuhr in den verbündeten Staaten vor allen Dingen festgestellt werden müssten. Baiern, als der grössere Staat, mit dem wirklich besseren Zollsysteme, möchte den Ton angeben, die beiden andern aber ihre bestehenden Verhältnisse nicht weniger berücksichtigt sehen wollen. Ueberdies werden Verhandlungen um so schwieriger, jemehr die kontrahirenden Theile gleiche Macht und gleiches Recht in die Wagschale zu legen haben. —

Unterdessen haben, wie die öffentlichen Blätter des Tages melden, die wegen eines ausgedehnten Zollverbandes zwischen *Preussen, beiden Hessen, Baiern, Württemberg* und *Sachsen-Weimar* angeknüpften Verhandlungen zu einem förmlichen *Abschluss* geführt, dem auch die übrigen *Thüringischen* Staaten mit dem Königreich *Sachsen* beigetreten sind.

Dieser mehr als ein und zwanzig Millionen stammverwandter Brüder umfassende Band zwischen so vielen nord- und süddeutschen Staaten bezeichnet für alle seine Theilnehmer, in fast jeder Beziehung des inneren Staatslebens, eine Epoche neuer, in ihrer Ausdehnung nicht zu berechnender Entwicklung. Er verspricht für die Industrie eines jeden ihm angehörenden Staates, so wie für den Gesamtverkehr einen Raum freier Bewegung zu eröffnen, dessen Ausdehnung vor Kurzem noch unmöglich schien.

So hätte denn die grosse Aufgabe des Art. 19 der deutschen Bundesacte auf dem Wege der Particularverbindung mit *Preussen* seine Lösung gefunden und damit jene Solidarität nach innen und aussen erlangt, wonach



die deutschen Völker sich so lange vergebens geseht hatten. Damit ist zugleich zwischen den paciscirenden Staaten ein neues Fruchtbringendes und dauerndes Band geknüpft, ohne der eigenthümlichen und selbstständigen und verfassungsmässigen Entwicklung jedes einzelnen darunter begriffenen Staates zu nahe zu treten.

Dieser Anschluss an das *preussische* Merkantilsystem wird das gegenseitige Vertrauen der Regierungen zu einander aufrichten, weil es auf sehr liberalen Grundsätzen beruht. In der preussischen Instruction für die königl. Regierungen vom 26. December 1808, §. 50 heisst es: Es ist nicht nöthig den Handel zu begünstigen, er muss nur nicht erschwert werden. Es ist dem Staat und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen, und keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützung zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betrieb und Ausbreiten, zu beschränken, in so fern das *Rechtsprincip* dabei nicht verletzt wird, oder sie nicht gegen *Religion, gute Sitten* und *Staatsverfassung* anstossen.

Derselbe Geist spricht sich in der Einleitung zu dem • Edict vom 27. October 1810 aus, welches den ganzen Verwaltungsplan der Regierung enthält. • Wir haben, sagt der König, • uns bisher unablässig damit beschäftigt, die besten Mittel ausfindig zu machen, um den durch den letzten Krieg gesunkenen Wohlstand unsers Staats wieder herzustellen, den Kredit empor zu heben, und die Verpflichtungen zu erfüllen, welche der Staat gegen seine Gläubiger hat. Durch grosse Anstrengungen haben Wir die an Sr. Majestät den Kaiser der Franzosen zu entrichtende Kriegscontribution von 120 Millionen Franken so weit abgetragen, dass die Hälfte derselben mit Ende des laufenden Jahrs abbezahlt ist. — Wir sehen uns genöthigt, von unsern Unterthanen die Entrichtung erhöhteter Abgaben zu fordern, hauptsächlich aber von der *Consumtion* und von *Luxusartikeln*, doch sollen diese vereinfacht und auf wenige Gegenstände zurückgebracht, und zugleich mehrere einzelne lästige Abgaben abgeschafft werden. Ueberhaupt aber soll das Drückende jener neuen



Auflagen dadurch möglichst vergütet werden, dass Wir, mittelst einer gänzlichen Reform des Abgabewesens, alle nach gleichen Grundsätzen für unsere ganze Monarchie von Jedermann wollen tragen lassen. Auf dem kürzesten Wege wird daher auch ein neues Kataster angelegt werden, um die Grundsteuer darnach zu bestimmen. Unsere Absicht ist hierbei keineswegs auf eine Vermehrung der bisher erhobenen Grundsteuer gerichtet, nur auf eine gleiche und verhältnissmässige Vertheilung auf alle Grundsteuerpflichtigen. Jedoch sollen alle *Exemtionen* wegfallen, die weder mit der natürlichen Gerechtigkeit, noch mit dem Geiste der Verwaltung in benachbarten Staaten länger vereinbar sind. Die bis jetzt von der Grundsteuer befreiet gebliebenen Grundstücke sollen ohne Ausnahme damit belegt werden und Wir wollen, dass solches auch in Absicht auf *Unsere eigene Domänialbesitzungen* geschehe. Wir hoffen, dass diejenigen, auf welche diese Massregel-Anwendung findet, sich dabei beruhigen werden, dass künftig der Vorwurf sie nicht weiter treffen kann, dass sie auf Kosten ihrer Mitunterthanen sich öffentlichen Lasten entziehen. Auch mögen sie bedenken, dass die künftig von ihnen zu entrichtende Grundsteuern dem Aufwande nicht gleich kommen, den die ursprünglich auf diesen Gütern hoffenden Ritterdienste erfordern würden, wenn sie solche erfüllen sollten. Hierzu kommt die *freie Benutzung des Grundeigenthums*, die *völlige Gewerbefreiheit* und die *Befreiung von andern Lasten*, die sonst nothwendig gewesen wären. Wir wollen eine völlige Gewerbefreiheit gegen Entrichtung einer mässigen Patentsteuer und mit *Aufhebung der bisherigen Gewerbesteuer* verstaten. Wir wollen das *Zollwesen vereinfachen* und *Bann- und Zwangsgerechtigkeiten aufheben* und demjenigen Theile Unserer Unterthanen, der sich bis jetzt keines *Eigenthums* seiner Besitzungen erfreute, dieses ertheilen und sichern. Auch wollen Wir mehrere drückende Einrichtungen und Auflagen gänzlich abschaffen. Die Natural-, Brod-, Korn- und Fouragelieferungen für die Armee sollen aufhören, und der Bedarf aus den öffentlichen Einkünften für Geld angeschafft werden. —



Auch sollen die Stempelabgaben einer zweckmässigen Regulirung unterworfen werden, u. s. w. •

In den Gesetzen über den *Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren* vom 26. März 1818 sind folgende Grundsätze und Bestimmungen aufgestellt: dass die Beschränkungen des freien Verkehrs zwischen den verschiedenen Provinzen des Staats aufgehoben, dass die Zolllinien überall auf die gegenwärtigen Gränzen der Monarchie vorgerückt, durch eine angemessene Besteuerung des äussern Handels und des Verbrauchs fremder Waaren die inländische Gewerbsamkeit geschützt, und des Staatseinkommen, ohne Erschwerung des Verkehrs, gesichert werden müssen \*).

\*) Die Preussische *Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung* gewinnt in dem jetzigen Augenblicke besonders für alle Bewohner der dem preussischen Zollverband beigetretenen Staaten ein theoretisches wie praktisches Interesse, daher wir zur Kenntniss ihres wesentlichsten Inhalts folgende Uebersicht anknüpfen. Sie zerfällt in die Aufsicht des richtigen Eingangs der Steuern, die Erhebung der Steuern, die Dienstweisung der Steuerbeamten, die Uebertretung der Steuergesetze und deren Strafen. Die merkantilischen Communicationspunkte zum *Auslande bilden zu Wasser*: die Seehäfen und die schiffbaren Gewässer, welche die Gränzen durchschneiden; zu *Lande* die zum Auslande führenden Strassen, welche in Zollstrassen und Nebenwege eingetheilt sind. Der Transport von steuer- und zollbaren Waaren über die Gränzen darf in den Tagesstunden jeder Jahreszeit statt finden. Zur Deckung der Gränze sind Haupt- und Nebenämter, wie auch Ansageposten errichtet. Im Gränzbezirke patrouilliren Gränzaufseher zu Pferde und zu Fusse nach allen Richtungen, und begleiten die Waarentransporte zu den Ansageposten. Jede Ein- und Ausfuhr-Versteuerung ist bei den Haupt-Zollämtern zulässig, bei den Neben-Zollämtern erster Klasse nur, wenn die Abgabe von der ganzen Ladung nicht über zehn Thaler, und die Verbrauchssteuer vom Zentner nicht über einen Thaler beträgt. Die Befugniss der Neben-Zollämter zweiter Klasse erstreckt sich nur immer auf den kleinen Gränzverkehr. Die Gränzaufseher sind berechtigt, Frachtfuhrwerk und Heerdenführer anzuhalten, sich ihre Zettel vorzeigen zu lassen, und sie, dem Augen-



Die nächste Folge dieses Zollverbandes für die betheiligten Staaten, an die sich gar bald auch *Baden* und

schein nach, mit den Ladungen zu vergleichen; Kiepen- und Packträger, Handfuhr- und Bauernfuhrwerk und beladene Lastthiere, welche nicht verpackte Waaren führen, auf dieser Stelle zu revidiren. Reisende zu Wagen mit Gepäck, oder zu Pferde und Fusse mit Felleisen und dergleichen, dürfen sie in der Richtung zum Zollamte hin gar nicht anhalten, ist aber dieses schon passirt, so können sie von den Reisenden, mit Ausnahme der Posten und Extraposten, den Nachweis der geschenehen Meldung fordern, und wenn jene nicht vorgezeigt werden kann, zum Zollamte zurückführen. Polizei- und Forstbeamte sollen die Gränzbesetzungen thätig unterstützen, und bei dem Verdacht eines Steuerbetrugs dieselbe Befugniss haben, als die wirklichen Gränzaufseher. Die Revision der Waaren, ihre Verzollung und Versteuerung, geschieht der Regel nach auf dem Zollamt, letztere kann aber auch zu genauer Revision bei dem Steueramte des Orts der inländischen Bestimmung der Waaren statt finden, in welchem Falle, wie bei Transito-Ladungen, der Waaren-Verschluss durch Siegel und Blei erfolgt, und Begleitscheine ausgefertigt werden. Die ganze Strenge der Controlle ist überall nur gegen das eigentliche Gewerbe gerichtet, dagegen sind zur Erleichterung der Reisenden vermittelnde Maassregeln angegeben. Ordinaire Posten sollen in Absicht des Postguts bloss in der Hinsicht auf der ersten Station revidirt werden, ob alle Sachen gehörig inkartirt sind. Passagiergut wird auf dem ersten Stationsorte revidirt und versteuert, Extraposten auf dem Gränz-Zollamte etc. etc.

Den Steuer-Officianten ist Anstand und Bescheidenheit gegen das Publicum anempfohlen, und die Annahme von Privatremunerationen und Geschenken untersagt. Zur Erleichterung des Anbringens gerechter Beschwerden gegen Officianten-Beindrückungen, soll auf jedem Zollamt ein Beschwerde-Register gehalten, und dem Reisenden unaufgefordert vorgelegt werden.

Als Grundlage bei Vergehen der Officianten und bei Uebertretung der Steuer- und Zollgesetze durch Steuerpflichtige in Anwendung zu bringenden Strafgesetze ist das allgemeine Landrecht Th. II. Tit. 20. angegeben, jedoch dergestalt abgändert und modificirt, dass, wer



*Nassau* anschliessen dürften, ist die Annahme eines gleichen *Tarifs* für Aus-, Ein- und Durchgang, so wie glei-

es unternimmt, dem Staate Zoll- und Verbrauchssteuer-Gefälle durch Gesetzes- Uebertretung zu entziehen, ausser der Confiscation der Waaren und Sachen, mit welchen die Contravention verübt worden, eine Geldstrafe verwirkt, welche für die verbotenen Gegenstände den doppelten Werth derselben, oder, wenn dieser weniger als zehn Thaler beträgt, dieser Summe gleichkommen, für die erlaubten Gegenstände aber den vierfachen Betrag der betrügerlichen Weise vorenthaltenen Gefälle ausmachen soll. Die Gefälle sind überdies von der Strafe unabhängig zu entrichten. Im Wiederholungsfalle, nach vorhergegangener Bestrafung, soll die für das neue Vergehen eintretende Geldbusse verdoppelt, statt derselben aber, jedesmal den Schuldigen eine verhältnissmässige Gefängnis-, Zuchthaus- und Festungsstrafe, die jedoch eine zehnjährige Dauer nicht überschreiten darf, auferlegt werden. Im dritten Fall soll der Uebertreter mit zwei bis zehnjähriger Zuchthaus- und Festungsstrafe belegt, für einen, der aus dergleichen betrügerischen Handlung ein Gewerbe macht, angesehen, und seine Befugnis zur Betreibung des Gewerbes, wobei das Vergehen begangen worden, verlustig erklärt, und sein Name öffentlich bekannt gemacht werden. Wer als Anführer einer Gesellschaft erkannt wird, welche, um Waaren gegen ein Verbot ein- und auszuführen, oder den Zoll und die Verbrauchssteuer dem Staate zu entziehen, sich verbunden hat, soll schon im ersten Betretungsfalle die im dritten Falle bestimmte Strafe erleiden. Unkunde der Gesetze entschuldigt weder den Einheimischen noch den Fremden. Bei Waarentransporten wird die Contravention als vollbracht angesehen, und die eben angegebene Strafe tritt ein, sobald das erste Deklarationsamt vorüber gefahren, und der Wagenführer in dem Gränzbezirk, ausser der erlaubten Tageszeit, oder überall auf Nebenwegen, ohne sich legitimiren zu können, betroffen wird. Der Verlust der Waare trifft den Eigenthümer, ist dieser aber bei der Contravention unschuldig, so muss der Wagenführer den Werth der zu confiscirenden Waaren ersetzen, und letztere verbleiben den Eigenthümern. Concurriren bei der Contravention mehrere Verbrechen, so treten die Bestimmungen des Landrechts §. 34 bis 37 ein. Wer



cher *Steuersätze* und *Verwaltungsnormen* für die hauptsächlichsten Gegenstände des inneren Verbrauchs \*). Die

einen zur Wahrnehmung des Steuerinteresses verpflichteten Beamten, mit welchem er im Amte zu thun hat, Geld oder Geldeswerth anbietet, oder zum Geschenk macht, soll den vier und zwanzigfachen Betrag des angebotenen oder gegebenen Geschenkes, und ist dessen Betrag nicht auszumitteln, eine Geldbusse von zehn Thaler erlegen. Jeder, der bei der Verübung von Steuer-Contraventionen Gewehr oder andere gleich schädliche Werkzeuge zum Widerstande gegen die Beamten bei sich führt, soll, ausser der verwirkten ordentlichen Strafe, mit dreijährigem Festungsarrest belegt werden.

Bei Untersuchung und Bestrafung der Steuervergehen führen die Haupt-Zollämter die *Instruction*, und fassen Straf-Resolute bis zu zehn Thaler ab; bei einem höheren Betrage gebührt die Entscheidung der Provinzial-Regierung. Bis zum Schlusse der summarischen Untersuchung kann der Angeschuldigte auf gerichtliche Untersuchung antragen; auch kann er binnen zehn Tagen gegen das Resolut des Zollamts den Recurs an die Regierung, und gegen das Resolut der Regierung den Recurs an das Finanzministerium ergreifen. Hat aber der Angeschuldigte sich einmal diesen Weg gewählt, so muss er sich bei den erhaltenen Bescheiden beruhigen, und kann nicht zu einer gerichtlichen Untersuchung übergehen. Die Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse geschieht von den Gerichten, die der Resolute aber von der Steuer-Behörde. Die letzte kann nach Umständen die Exceution sistiren, und die Gerichte haben einer deshalb an sie ergelenden Requisition Folge zu leisten.

\*) Zur Kenntniss des *Preussischen Tarifs* mag folgende Uebersicht dienen. Er zerfällt in drei Abtheilungen: die erste enthält sieben und zwanzig Gegenstände, welche bei der Einfuhr und dem Verbrache im Lande, oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind; die dritte *Abtheilung* bestimmt diejenigen Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr angemeldet werden. Der ganze Tarif ist vereinfacht, sowohl zum Vortheil der Beamten als Steuerpflichtigen, Eingangszoll und Verbrauchssteuer sind in eine Abgabe zusammengezogen, wodurch die Abfertigung und die doppelte Berechnung der Brutto- und Netto-



### Vereinigung aller den Activ-, Passiv- und Durchgangshandel mit dem Auslande treffenden Steuern unter eine

Versteuerung sehr erleichtert wird. Die Besteuerung geschieht mit wenig Ausnahmen nach dem Gewicht; Ausnahmen sind Getraide nach Scheffeln, Vieh nach Stücken, Holz nach Klaftern oder Strecken, Steine nach Schiffslast, grosse Spiegelgläser stückweise nach Zollen. Die Gewichtsversteuerung erleichtert das Verfahren durchgängig, auch bei Weinen, wo nun das Visiren entbehrlich und die Verschiedenartigkeit der Gebinde nicht zu berücksichtigen ist.

Von den sieben und zwanzig Nummern der Gegenstände, die überall gar keiner Abgabe unterworfen, sind die Wichtigeren: thierischer Dünger, Eyer, frische Fische, Futterkräuter und Heu, frisches Gartengewächs, Geflügel und kleines Wildpret aller Art, Gold und Silber gemünzt in Baaren oder Bruch, gebrauchtes Hausgeräth, Brenn- und Nutzholz, welches zu Lande verfahren wird, Kleidungsstücke, Reisegeräte und Viktualien der Reisenden, Milch, frisches Obst, Sand und Steine beim Landtransport, Erden und Erze, die nicht mit einem Zollsatz namentlich betroffen sind, Stroh, Torf, Brennkohlen, alle lebende Thiere, für welche kein Tarifsatz ausgeworfen ist; hieher gehören die angehenden Zug- oder Lastthiere. — Diesen ganz steuer- und zollfreien Artikeln werden noch zugezählt: Quantitäten unter einem sechszehntel Zentner, wenn die Abgabesätze zwei Thaler für den Zentner nicht übersteigen; ein- oder ausgehende Waarenposten, die so gering sind, dass die tarifmässige Abgabe davon überhaupt nicht einen vollen Silbergroschen beträgt. Die zweite Abtheilung enthält nur vierzig Positionen von steuerbaren Gegenständen; diese Verminderung von sieben und sechzig des ersten Tarifs auf vierzig des zweiten Tarifs ist dadurch hervorgebracht worden, dass man die abweichenden Geldsätze vieler Waarengattungen durchgeschnitten und in eine Hauptgattung vermengt hat, wie z. B. bei Eisen und Stahl, die früher getrennt waren. Hierdurch war es auch möglich, die Zahl der Geldsätze von neun und dreissig auf zwanzig zu beschränken, welches die Ausrechnung der Gefälle erleichtert und die Revisionen abkürzt. In der Regel wird von Zentner Brutto ein halber Thaler beim Eingange und weiter keine Abgabe bei dem Verbrauche im Lande erhoben. Ausnahmen hiervon machen



gemeinschaftliche Administration, und die Ausgleichung der Consumtionsabgaben ermöglicht die *Aufhebung aller*,

die geringern oder höhern Abgaben, die der Tarif nachweist. Wo eine Thara-Vergütung, die nach kaufmännischen Erfahrungssätzen gegründet ist, für das Bruttogewicht statt findet, bestimmt der Tarif. Die Zahlung der Gefälle geschieht unter zehn Thaler ganz in Silbergeld, wenn aber zehn Thaler und mehr in einer Post zu zahlen ist, muss solche halb in Gold, den Friedrichsd'or zu fünf Thaler gerechnet, und halb in Silber entrichtet werden. Der höchste Steuersatz ist hundert Thaler für den Zentner, welcher, von fertigen Kleidern und Wäsche, wenn letztere zum Gebrauch eingehen, wie auch von seidnem Zeuge, gehoben wird; fünfzig Thaler für den Zentner geben baumwollene Stuhl- und gestrickte Waaren, halbseidene Waaren aller Art, feine kurze Waaren, welche zum Theil oder ganz aus Gold, Silber, Bronze, Stahl, Elfenbein u. s. w. gefertigt sind; dann folgen Abgabensätze zu dreissig Thaler von Spiegelgläsern über 2200 Quadratzolle, von Porzellan und von wollenen Zeugen; ferner Sätze von 20, 10 bis zu 1 Thaler, zu 20, 15, 10 und 5 Silbergroschen. Uebrigens hat man bei der neuen Erhebungsrolle die Beschützung und Beförderung des inländischen Gewerbleisses vor Augen gehabt. Die *Durchfuhrabgaben*, welche die dritte Abtheilung festsetzt, sind in der Regel den Ein- und Ausfuhrabgaben, d. h. 15 Sgr. für den Zentner, gleich. Die Ausnahmen enthält diese Abtheilung. Die Durchgangsabgaben sind *höher*, wenn der Zug die östlich von der Oder liegenden Landestheile berührt, *niedriger*, wenn er links der Oder bleibt, weil dort die Monarchie eher umgangen werden kann. Gewiss werden durch diesen Tarif, der zwischen dem Verbote und der Freiheit für jetzt noch mitten inne steht, die angegriffenen Interessen nicht bedeutend verletzt. Ja es lässt sich von der erleuchteten preussischen Regierung auf den Grund der Erfahrung, dass man durch hohe Zollsätze die Einnahme verringert und durch niedrige erhöht, sicherlich erwarten, dass sie, dem vielleicht noch dringender werdenden Wunsche einzelner mit ihr vereinten Staaten nachgehend, die bei einzelnen Artikeln noch vorkommende hohe Besteuerung mit 30, 50 und 100 Procenten herabsetzen, und so die wahre Handelsfreiheit immer mehr und mehr in's Leben treten lassen werde.



zwischen den einzelnen Vereinslanden zeither bestanden, so störenden Zolllinien, welche demnach an die äussersten Grenzen des ganzen Bundes zurückweichen, und den Verkehr im Inneren desselben freilassen werden. — Die theilweise Erhöhung jener Steuern und der davon zu erwartende Ertrag wird die Mittel gewähren, ohne Störung des Staatshaushaltes, lästige Verkehrsabgaben und besonders die untere Volksklasse drückende Consumtionsabgaben aufzuheben, auch — die Grundabgaben um ein Bedeutendes zu ermindern, somit im Allgemeinen eine Ausgleichung zwischen den verschiedenen Classen der Steuerpflichtigen nach dem einzigen praktischen Massstabe ihrer Consumption in Verbindung mit ihrem nutzbaren Vermögen, herbeizuführen.

Mit diesem glücklichen Moment der Entscheidung wird für die beteiligten Staaten das verwickelte repressalische Manth- und Zollsystem aufhören, und wo es als notwendiges Institut noch gehandhabt werden muss, aufhören gefährlich für die öffentliche Ruhe, verderblich für die Staatsregierung zu seyn. Es wird nicht mehr einer Werbanstalt für Schleichhändler gleichen, das mit seiner lockenden Versuchung die Pflichttreue — und durch das aufgestellte Princip des Misstrauens gegen Jedermann, die Regierungspflicht der Achtung für die Person des Bürgers, sein Eigenthum, und das Asyl seines Hauses verletzt.

Mit dem Abschlusse dieses *Preussisch-Baierischen* u. s. w. Zollverbandes ist — was als die höchste Wohlthat erscheint — die *Sittlichkeit* des grössten Theils der deutschen Nation gerettet, die durch den allgemeinen Reiz zur Schmuggelei auffallend gefährdet war; und damit die Perspective auf jenen Zeitpunkt gegeben, in dem die bittere Armuth und das sklavisches Elend, das jetzt noch den schmachlichsten Vorwurf unsrer nur halb ausgebildeten bürgerlichen Verhältnisse ausmacht, von der deutschen Erde allmählich verschwinden wird.

Die alte Schmachrede, womit man sonst das deutsche Zollwesen zu bezeichnen pflegte, „*mira insania Germanorum*“ \*) die bundschäckichte, die allernothwendigsten

\*) s. die englische Chronik Thom. Wickes chron. ad an. 1269.



Lebensbedürfnisse umfassende Zollsätze, wie sie z. B. aus der tabellarischen Vergleichung der badischen und der baierisch-württembergischen Zolltarife \*), anschaulich hervorgehen, werden künftig nur noch urkundliche Erinnerungsbelege für die Geschichte der deutschen Mauth- und Zollanstalten seyn, wie diese zum Druck und Ruin so vieler deutschen Volksklassen bestanden\*\*) vor dem grossen Verband mit Preussen, dessen Zoll und Verbrauchsteuersystem, so wie dessen ganze Finanzverwaltung im weisesten Einklange mit allen Zweigen der Staatsverwaltung stehet, die durch das Princip der *Einheit nicht zerstörend, sondern nur allmählig aber durchgreifend reformirend, und unterstützt von dem festen Willen des Königs, das Preussische «Vorwärts» bezweckt.* Mit diesem Anschlusse an Preussen wird die Thorheit träumender Utopisten zu Schanden gemacht, die bunte Mannichfaltigkeit seitheriger Doctrinen, der zerstörende Wechsel willkührlicher Handelseinrichtungen in eine feste gleichmässige Organisation verwandelt, die durch ihre heilende Universalität die revolutionären Manoeuvres ersticken wird; weil sie, berechnet auf die Bedürfnisse der Gegenwart und der grossen Volksmasse, die unbeschäftigte und gedrückte Klasse derselben in den Stand setzen wird, durch Arbeit, Tugend und Ehrgefühl aus dem Stande der Erniedrigung sich zu erheben; weil sie ferner dahin zielt, jenen blühenden Zustand der deutschen Fabrikation herbeizuführen, bei welcher der Gewinn nicht blos wie bisher, einzelnen reichen Fabrikherren, sondern auch den Tausenden von Arbeitern zu gute kommt, die, leider jetzt noch zur Maschine herabgewürdigt, gleichsam nur Schabrote zur Stillung ihres Hungers empfangen. Im Vereine mit Preussen wird das deutsche Volk, Nahrung und Beschäftigung gebende *Thatsachen* erlebend, die es

\*) s. die Freiburger Zeitung vom Januar 1850 und die frankfurter Ober-Postamts-Zeitung vom 16. und 20. Januar 1850.

\*\*) Die in Frankfurt a. M. bei Sigmund Schmerber 1852 erschienenen „geschichtliche Beleuchtungen des deutschen Staatsrechts“ verbreiten sich über das deutsche Zollwesen von der Reichsgesetzgebung an bis zu den Verhandlungen darüber am Bundestage.



will, und auf die es leider seit siebenzehn Jahren vergeblich gewartet hat, künftig nicht Ursache mehr haben, ungeduldig zu werden. Denn ist Deutschland einmal ein wohlgenährter Körper, der mit Freiheit arbeiten und sich bewegen kann, dann wird auch die Lust zum Umstürzen sich überall verlieren, und in eine wohlthätige Ruhe übergehen. Exaltirte und phantastische Köpfe, inconsequente Humoristen und alle in Caricaturen sich gefallende Journalisten werden dann kein leidenschaftliches, aufbrausendes und insurrectionssüchtiges Publicum mehr finden, dem sie vorspiegeln können: das heutige Preussen sey ein kaltes Nordlicht, eine wärmelose aurora borealis!

Was *Deutschland* werden könnte, wenn dereinst alle Staaten desselben sich öffentlich vor den Augen der Welt zu dem, Leben und Gerechtigkeit athmenden, Princip der preussischen Legislatur bekennen werden, kann der nicht verkehrten oder selbstsüchtigen Politik nicht schwer fallen, einzusehen. Mit wie nahem oder ferneren Erfolge Deutschland hierin fortschreiten werde, steht allerdings nicht zu berechnen. Soviel aber dürfte sich von der natürlichen Wirkung des durch den Anschluss der deutschen Staaten an das preussische Merkantilsystem gegebenen Impulses ohne Vermessenheit vorausschen lassen, dass man bei nur dieser Annäherung nicht stehen bleiben, und dass sich immer mehr und mehr im deutschen Volke die Ueberzeugung befestigen werde, dass die preussische Regierung *wahr, aufrichtig, und treu ihren gegebenen Versprechungen ist, und dem Volke dieses durch ihre Handlungen beweiset*; und dass sie die hohe erhabene Weltbestimmung des vermittelnden und erhaltenden Principis in allen ihren Einrichtungen im Inneren und damit zugleich nach Aussen zu verwirklichen sucht. *Daher das unerschütterliche Vertrauen zu ihrem Herrscher.*

In diesen flüchtigen Umrissen hat das Wesen dieses grossen Zollverbandes und dessen grossartige Beziehung auf den deutschen Nationalverband nicht ohne Hinblick auf die noch grösseren Hoffnungen, die sich daran knüpfen, nur angedeutet werden sollen.

Dass aus den veränderten Einrichtungen manche Unbequemlichkeiten für diesen oder jenen deutschen Distrikt



für diese oder jene deutsche Stadt und einzelne Familien derselben entstehen werden, mag dahin gestellt seyn. Solche Localbeziehungen und Particularinteressen können nicht in Anschlag kommen, wenn es der heilbringenden Aufgabe eines neu zu eröffnenden ausgedehnteren Markts im Inneren Deutschlands gilt, der diejenigen Staaten und ihre Individuen, deren Industrie vergleichsweise am meisten vorschreitet, zunächst begünstigen, den übrigen aber eine Ermunterung, und neben der benöthigten Wehre gegen das Ausland unter einem mächtigen Schutzherrn den noch anderen grossen Vortheil für den gesammten Handelsstand gewähren wird, der in der zuverlässigeren *Calculabilität* seiner Handelsunternehmungen besteht, wodurch der Speculationshandel von Jahr zu Jahr auf ein sichereres Ergebniss führen, einen regelmässigeren Gang gehen, und hinfort weder so grossen Verlust, noch so angemessenen Gewinn, als in den verflossenen Zeitaltern, abwerfen, das Monopol der Speculation vernichten, und mithin die der Mehrheit schädliche Anhäufung ungeheurer Reichthümer in einzelnen Händen immer unmöglicher machen wird.

Wo immer es auf den grossen Verkehr für die Fortschritte der gebildeten Welt, für die Bedürfnisse und Genüsse des bürgerlichen Lebens ankommt, da entscheidet nur die Rücksicht auf die *Gesamtheit* und nur der doppelte Heischesatz, welcher die *Vernunft* an das Menschenleben macht. Dieser lautet:

„Der Sohn muss nicht stehen bleiben auf dem Hügel, den der Vater errichtet hatte; er muss ihn höher hinaufführen, damit die Enkel freier umherschauen, und mit den Blicken des Geistes einen weiteren Horizont umfassen, und in die Sphäre ihrer Wirksamkeit aufnehmen können!“

Hiernächst soll, als Zweck der ganzen Wirthschaftslehre der Mensch erwerben und erwerben lernen, nicht um zu haben, sondern um das Erworbene zu gebrauchen und zu verbrauchen. „Der Mensch, sagt *Fichte*“) soll

\*) In der Schrift: der geschlossene Handelsstaat. Tübingen 1800. S. 66.



arbeiten; aber nicht wie ein Lastthier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt, und nach nothdürftiger Wiederherstellung seiner Kräfte zur Tragung seiner Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und Freudigkeit, arbeiten und Zeit übrig behalten, sein Auge und seinen Geist zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblicke er gebildet ist. Seine Nahrung und Pflege soll nicht die seines Lastthieres seyn; sondern seine Speise soll sich von dem Futter, seine Wohnung von dem Stalle, wie sein Körperbau von dem seines Lastthieres unterscheiden. Das ist sein Recht; darum, weil er nun einmal ein Mensch ist.\*

Wo nur Einzelne *alles* und *viel* haben, und die Meisten *nichts*, da schwelgen erstere, oder sind Geizhalse; und den letzteren bleiben die erlaubtesten Genüsse verkümmert, sie seufzen unter den schwersten Entbehrungen.

Das *Preussische* Steuersystem kommt jener doppelten Regel am nächsten; weil es durch Verbindung mehrerer Steuern auf Herstellung des Gleichgewichts zu wirken und die Irrthümer und Fehler der einen durch die andere zu verbessern sucht.

Das *Princip* der Preussischen Zoll- und Verbrauchssteuer: alle fremden Erzeugnisse der Natur und Kunst können im ganzen Umfange des Staats eingebracht, verbraucht und durchgeführt werden; allen inländischen Erzeugnissen der Natur und Kunst wird die Ausfuhr gestattet; die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse sind ganz steuer- und zollfrei; Eingangszoll und Verbrauchssteuer von Luxusartikeln sind in eine Abgabe zusammengezogen; begünstigt das Inland ohne dem Auslande zu schaden. Auf den Anschluss an dasselbe kann man tröstend ausrufen:

*Novus Sacclorum nascitur ordo!*

Man hat dem preussischen Handels- und Zollsystem den Vorwurf gemacht \*), dass nur das Königthum und

\*) Ja Einige, zur Klasse derjenigen gehörend, die alle commerciellen Verhältnisse im Sinne der Geldhändler nur nach den Con-



der Aristokratismus dadurch Vortheile erringe und conjuncturen zur Anhäufung ungemeinen Geldreichthums in den Händen *Einzelner* abwägen, und es desshalb nicht über sich gewinnen können, wesentlich — weltbürgerliche Interessen höher zu stellen, als jene von nur bloß localer Natur, gehen im Eifer für die Vermehrung ihrer Baarschaften durch materielle Pfänder und Verschreibungen und in der nur hieraus sich erklärbaren Feindseligkeit gegen das preussische Mercantil- und Zoll-System so weit, dass sie von *dieser Seite* den Anlass hernehmen, es zu verdächtigen, und darauf hinzuweisen, wie schädlich dieses System auf das eigne Land, und wie wohlthätig z. B. das *sächsische* Handelssystem auf Sachsen gewirkt hat!! So unverschämt macht sie ihre egoistisch-befangene Ansicht, dass sie sogar (wir verweisen auf die zum Theil auch inconsequente Stimme in der Zeitschrift «das Vaterland» 1855. Nr. 25.) es wagen konnten, die preussische Regierung zu beschuldigen, wie sie theils in ihren eignen Bekanntmachungen, theils durch bezahlte Schreiber in fremden Blättern ihre freisinnige Handelspolitik rühme und behaupte: mit ihrer Handelsfreiheit allen anderen Regierungen vorangegangen zu seyn, *aus keiner anderen Absicht*, als durch den öfteren Gebrauch dieses Wortes mehrere Classen ihrer Unterthanen, die noch Vorurtheile dagegen legen, an den Klang desselben zu gewöhnen. — Ich bin kein Preusse, stehe in keinem weder ordentlichen noch ausserordentlichen Solde des preussischen Staates, in keiner Beziehung mit irgend einem hohen preussischen Staatsbeamten, die mich Vortheile hoffen liess, ich habe vielmehr das preussische Verbot des ersten Heftes des dritten Bandes dieses Archivs wegen der Aufnahme der v. *Wangenheim'schen* Schrift Seite 1—60 einer Schrift, die schier auf jedem Blatte dem wahren monarchischen Principe auf die unzweideutigste Weise huldigt, und so auch die gemessenste Indignation gegen die deutschen Unruhestifter ausspricht!! erleben müssen. Aber dennoch ehre ich die zunehmenden Fortschritte der Civilisation im Handels-Systeme Preussens, und nehme keinen Anstand, im Angesichte seiner Widersacher ahnend auszusprechen, dass durch den Anschluss an dasselbe die Morgensonne des freien Handels für Deutschland bald aufgehen werde. Ich thue das mit jener ruhig und auf dem Wege fortgesetzter Forschung gewonnenen Ueberzeugung, mit der ich diese ganze Betrachtung niederschrieb.



folge. Wir theilen diese Ansicht nicht. Wir glauben vielmehr dieses System, nach welchem man, um die Industrie im Lande emporzubringen, um den Wohlstand der Nation gegen die Industrie anderer Nationen in Schutz zu nehmen, und selbst auf Kosten anderer Nationen zu steigern, die Einfuhr, insbesondere die der Fabrikate und der Luxuswaaren beschränkt, die Ausfuhr aber begünstiget, zu den Maassregeln eher eines demokratischen Geistes zählen zu dürfen. Denn obwohl dieses System nur selten in diesem Lichte betrachtet wird, so ist es doch in der Regel die Willkühr der königlichen Beamten beschränkend, und für den im Lande angesessenen Adel eben so nachtheilig, als für den Stand der Gewerbsleute vortheilhaft. Denn es besteuert, der Sache nach, den Grund und Boden zum Vortheile der Fabrikation. Er hat zugleich fast unausbleiblich die Folge, dass es die Zahl derer künstlich vermehrt, welche, wie sie, auf einen oft unsicheren Verdienst in den Fabriken angewiesen, wenig oder nichts besitzen, zu Neuerungen desto geneigter sind. Es ist dasselbe System, welches im Mittelalter, obwohl damals noch nicht vollkommen ausgebildet, zuerst den Bürgerstand emporhob, zuerst die Macht des Adels brach. Es erinnert an dasselbe System, das sich in den grossartigen kühnen und kräftigen Unternehmungen der *Hanse* offenbarte, besonders in *Deutschland*, wo das brüderlich-gemüthliche, die Liebe zur Freiheit, das kräftige Auflehnen wider die Gegenparthei, den Adel, und innige Begeisterung für den freien Gebrauch der neuern Anlagen besonders einheimisch waren; wo Handel und Verkehr zuerst aufblühten, und alle Länder begierig und im allgemeinen Wettstreit sich ihr anschlossen.

Wir wollen damit die Zeit der *Hanse* nicht wieder herbeiwünschen, die nicht mehr seyn kann, und nicht mehr seyn soll; sondern nur an jenen Handelsbund erinnern, dem es nur durch gemeinsames Zusammenwirken möglich war, ganze Strecken Landes, von Mauufacturisten bewohnt, in Arbeit zu erhalten, sie zu ernähren, und selbst wohlhabend zu machen. Von diesem Bunde ward alles, es komme aus welchem Lande es wolle, gekauft erhandelt, erstanden und wieder verhandelt. Nur aus dem Wesen



dieses engen Vereins (er umfasste einen Kreis von dem rechten Ufer der Mass und dem Ausflusse der Schelde an den Küsten hin, bis nach Esthland und Reval, mit Inbegriff einer Menge inländischer Städte) lässt sich die Macht seine Grösse und der Reichthum seiner Städte erklären. Nur durch seine gemeinsame Handelspolitik (die sich in diesem Städte-Bunde zuerst entwickelte, und von der damals noch kein Fürst und kein Minister in Europa irgend einen Begriff hatte) wurde es ihm möglich, jeden Handelspunkt in Europa in seinen Wirkungskreis zu ziehen, sich überall in fremden Ländern Vortheile zu erlangen, überall ihre Bundesverwandten als einheimisch zu behandeln. Nur eng verbunden war es ihm möglich, seine Besitzthümer und Reichthümer in einem Grade zu vermehren, der ihn zum Herrscher über Kronen Länder und Meere machte. Dieser Städte-Bund war es, der die Polizei auf der Nord- und Ostsee übernahm, der das Staatsrecht beschränkte, gleiche Maasse und Gewichte in dem Gebiete seiner Wirksamkeit führte, zur Beförderung des Handels Kanäle und Wasserstrassen anlegte, der vielen Ländern eine gesetzmässige Verfassung verschaffte, und durch dessen fast dreihundertjährigen, bald geheimen bald öffentlichen bald directen bald indirecten, bald mercantilischen bald politischen und scientificen Einfluss das Staaten-System in Europa unter der Gestalt des Gleichgewichts glücklich geschiedener und glücklich vereinigter Verfassungen empor blühte. \*)

An diesen Städtebund muss man sich erinnern, um das zu begreifen, was der grosse Möser sagt: dass Deutschland seine Grösse auf den Handel hätte gründen können. Möser meint: damals wäre in Deutschland eine Verfassung möglich gewesen, wie die englische, so sich ebenfalls im dreizehnten Jahrhundert gebildet, und in der das Haus der Gemeinen der Aristokratie der Grossen und der reichen Familien das Gleichgewicht hält, und so immer

---

\*) Ueber vieles hieher gehörige gibt Auskunft die Schrift: Einleitung zum Studium der Verfassungsgeschichte der vier freien Städte des deutschen Bundes, von Alexander Müller. Hamburg 1825.



eine natürliche Stütze für die Unabhängigkeit der Krone bildet, eine Verfassung, wobei Deutschland hätte glücklich werden können, wenn es seine Grösse immerfort auf die Handlung gegründet, diese zu seinem Hauptinteresse gemacht, und dem persönlichen Fleisse und baaren Vermögen im bestimmten Verhältnisse, gleiche Ehre mit dem Landeigenthume gegeben hätte, indem alsdann die damals verbundenen Städte das Nationalinteresse auf den Reichstagen mehrentheils allein entschieden, Schiffe, Volk und Steuern bewilligt, und die Zerzeisung in so viele kleine Territorien, deren eins immer seinen Privatvorthail zum Nachtheil des anderen sucht, wohl verhindert haben würden.

Die glückliche Wirkungen jenes ehemaligen Handelsvereines muss man in das Gedächtniss zurückrufen, wenn man die preussische Handelspolitik richtig würdigen, und dem neuen preussischen Zollverein ein unbefangenes Prognostikon stellen will. Gewiss würde *Möser*, könnte er seine Phantasien noch fortsetzen, schon in der durch diesen Verband herbeigeführten Verringerung der deutschen Handels-Rotorsions-Massregeln einem heilsamen Zeitabschnitt der Gerechtigkeit und Klugheit für die Interessen des Handels- und Gewerbestandes, gewiss aber darin den Aufschluss eines Markts erblicken für den ungehinderten Absatz der Früchte deutscher Erde, deutscher Kunst und deutschen Fleisses.

Möge daher dieser wahrhaft nationale Verband sich immer mehr nach seinem Umfange erheben, das wahre Herz des deutschen Weltverkehrs werden, und von dessen Leben den schönen Räumen der deutschen Erde allgemeine Bildung und allgemeiner Wohlstand zuströmen, damit der wohlhabende noch angenehmer sich das Leben mache, damit der arbeitende, der wesentliche Beförderer der Industrie noch mehr Anreiz und Lust empfinde, in seinen Bestrebungen fortzuschreiten, damit auch der Landbauer und die bloss arbeitende Klasse noch etwas mehr erwerbe, als gerade erforderlich ist, sich das freudenarme Leben zu erhalten, damit endlich jeder Deutsche «der arbeitsamste Bürger in Europa» es nicht länger mehr zu dulden brauche, dass für allen Schweiss im



Angesicht ihm nur das Loos des armen Schluckers bleibe.

*Durch Eintracht werden kleine Dinge gross, durch Zwietracht die grössten klein. Auf diesem belebenden Prinzip beruhet Deutschlands Einigung und Einigkeit, die Wahrung gemeinsamer Wohlfahrt, die Möglichkeit der Entwicklung Deutschlands zu einer wahrhaft europäischen Macht.*

Möchte dieses die Politik, die öffentliche Vernunft des gesammten Deutschlands wohl beherzigen. Dieses Prinzip stehet höher, als die merzenäre Doctrinen und Chimären einzelner durch Sonder-Interessen dem preussischen Merkantilssystem abgeneigter Städte und Flecken.

Preussen scheint zu dem grossen Zwecke von der Vorsetzung ausersiehen, die Stütze und der Träger des neuen deutschen Handels zu werden, und dein, durch seine politischen Verhältnisse so vielfach getrennten deutschen Volke auch hierin einen Haltpunkt darzubieten, damit es den Einwirkungen des Auslandes nicht unterliege.

Ja es scheint gegenwärtig, wo sowohl in England als im Osten Europa's besonders in der merkantilischen Sphäre viel Grosses sich vorbereitet, wo sich das europäische Interesse durchdringt, und Freiheit und Humanität über dem Verkehr walten, auch für Deutschland der rechte Moment gekommen zu sein, um dem Handel seine höhere Bedeutung wieder zu geben, d. h. ihn mit der Natur in die innigste Berührung zu bringen, ihn in ein Menschliches aufzulösen, ja ihn auf dem Wege der Freiheit wiederum eins mit ihr werden zu lassen, wie es einst die Vorzeit bewusstlos war. Wir wagen die Vermuthung, dass der gar zu verderbliche Einfluss des Geldes seine bedeutendste Rolle am längsten gespielt haben, dass wieder ein Tauschhandel im höheren Sinne entstehen, und durch eine innigere Berührung der Völker als die in todtten Begriffen, (seien es Geld oder Verschreibung) der Eigennutz und die Feindseligkeit unter den Völkern in einer ihrer kräftigsten Wurzeln zerstört werde. Es liegen in den Begebenheiten der Zeit und den vor auszusehenden weiteren Entwicklungen derselben Anlässe genug für die Regierenden, in dem Inneren der Völker einen neuen



Hebel aller Bewegung zu suchen, und moralische Kräfte aus freierer Regsamkeit zu entwickeln, von denen wir zwar noch nicht abschen können, welche veränderte Gestalt sie sowohl den einzelnen Staaten, wie ihrer Verbindung geben werden; die aber in Bezug auf den Handel, als Darstellung der freiesten Bewegung im Leben, ohne Schranken und nach allen Seiten, gleichsam als das Symbol der neueren Zeit, auf Beschränkung des über die ganze bekannte Welt ausgedehnten Wirkungskreises nur einzelner Plätze und Handelshäuser, zu schliessen berechtigen.

Bei den Fortschritten der Cultur des Bodens zu allerlei ihm bisher fremden Erzeugnissen, bei dem immer höher gesteigerten Manufacturflusse fast in allen unter der Civilisation begriffenen Staaten, bei dem allmäligen Verschwinden des Risico in den grossen Geschäften mittelst der zunehmenden Erleichterung, Abkürzung und Sicherstellung der Transporte, bei der Veredlung der rohen Stoffe von allen Arten durch den Kunstflusse in Fabriken, Manufakturen und einzelnen Werkstätten fast in allen cultivirten Ländern des Erdbodens, gibt es fast kein Staat mehr, der irgend ein Bedürfniss dieser Art ausschliesslich für sich besässe, oder nothwendig aus der Fremde beziehen müsste. Werden auch — was wir mit grosser Regsamkeit nachahmen sehen — die von England ausgehenden Maschinen und die zu ihrem Betriebe erforderliche Anwendung überall Eingang gefunden haben, so wird auch in dieser Rücksicht ein jeder Staat von dem Fleisse des anderen unabhängiger werden. So rückt der Handel seinem Culminationspunkte näher, und deutet auf eine baldige Versetzung des Mittelpunktes seines wie alles irdischen Treibens; denn wenn — mit Ausnahme eines nicht als Regel fürs Volk anzunehmenden besonders delicates oder bizarren Geschmacks — in der Fremde und aus der Ferne nicht mit grösseren Kosten gesucht wird, was daheim und in der Nähe wohlfeiler zu erhalten steht, so wird der grosse Welthandel und die überseeische Speculation in eben dem Grade abnehmen müssen, als jeder Staat sein Bedürfniss in jeder Art bei sich selbst zu erzeugen fortfährt, oder bei dem Nachbar erhalten kann.









206\$01463942